Berliner Debatte Initial

3

33. Jg. 2022

Auf in die Provinz!

Becker

Metropole – Provinz

Didion

Provinz Fußball

Anders

Landschafts-
kommunikation

Woods

Kempowskis
„Das Echolot“

Ritschel

Freie Zeit

Leseprobe
Kauf im Webschop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

Auf in die Provinz!

Zusammengestellt von Johanna Wischner

Editorial 2

Tobias Becker
Metropole – Provinz. Zur Geschichte eines (Miss-)Verhältnisses 5

Zanan Akin
Die Bilder der Welt im Erleben. Metropole und Provinz in der Spätmoderne 16

Michael Meyer-Albert
Darum bleiben wir in der Provinz. Ein topologischer Dialog zwischen Hannah Arendt und Martin Heidegger 27

Bernd Belina
Provinz und Provinzialismus in kritischen Debatten der BRD der 1970er Jahre 39

Philipp Didion
Fußballstadien in der französischen und der westdeutschen Provinz 51

Joana Gelhart, Christoph Lorke und Tim Zumloh
Zwischen Provinztradition und Großstadtsehnsucht 63

Ricardo Kaufer
Provinz als Projektraum solidarischer Ökonomie und einer Nachhaltigkeitstransformation von unten 76

Kenneth Anders
Landschaftskommunikation und räumliche Subjektivität 88

* * *

Roger Woods
Walter Kempowskis „Das Echolot. Abgesang '45". Vom Archiv zur Druckfassung 100

Gregor Ritschel
Freie Zeit. Zur Geschichte und Aktualität einer politischen Idee 113

Besprechungen und Rezensionen

Jürgen Leibiger:
Eigentum im 21. Jahrhundert
Rezensiert von *Ulrich Busch* 126

Felix Klopotek:
Rätekommunismus
Rezensiert von *Ewgeniy Kasakow* 128

Thomas Etzemüller:
Henning von Rittersdorf:
Das Deutsche Schicksal
Rezensiert von *Michael Pesek* 134

Quentin Stevens:
Activating Urban Waterfronts
Rezensiert von *Caitlin Kraemer* 136

Leseprobe
Kauf im Webschop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

Editorial

„Auf in die Provinz!“, so lautet der leicht ironisch gemeinte Schlachtruf, mit dem wir den Schwerpunkt dieses Hefts überschreiben. Natürlich stellt sich die Frage: Was könnte ein Hauptstadtjournal, ein Journal, das in der einzigen echten Metropole Deutschlands (so zumindest einige spitze Zungen) zu Hause ist, überhaupt zum Thema Provinz sagen?

Zunächst einmal nicht viel, so erscheint es zumindest, ist doch die Forschungsperspektive in vielen Sozial- und Geisteswissenschaften metropolitan. Oft genug wird der ländliche Raum als „das Andere“ der Metropole konstruiert. In und nach der Pandemie, in der die Enge der Großstadt ebenso wie die Möglichkeiten mobilen Arbeitens zu Themen des öffentlichen Diskurses wurden zeitweise größer, scheint allerdings das Interesse am Ländlichen gestiegen zu sein. Man hatte gar den Eindruck einer „Landeuphorie“.

Dennoch: Ist der sich angesichts steigender Immobilienpreise immer weiter ausdehnende Speckgürtel Berlins nicht letztlich nichts weiter als die Provinz der Großstadt, und zwar in einem sehr römischen Sinne: abhängig von ihr, auf sie gerichtet und ihr letztlich untergeordnet? Wo ist die Provinz, die plötzlich von einer großen Zahl digitaler Nomaden besiedelt zu sein schien, in ihrem Eigen-Sinn? Was macht sie aus, was ist ihre Qualität, unabhängig von ihrer „zuarbeitenden“ Funktion für die Metropole?

Fragen wie diese haben uns angeregt, das Thema „Provinz“, gerade als Hauptstadtjournal, in den Blick zu nehmen. Allerdings ist dieser Gegenstand einer, der sich entschieden entzieht. Es gibt zwar durchaus sozial- und geisteswissenschaftliche Forschung *über* die Provinz, weniger aber *aus* der Provinz, sofern man keinen sehr engen Provinzbegriff vertritt, der ganz Deutschland, abgesehen von Berlin, zur Provinz erklärt. Aber genau an dieser Stelle drängen sich schon Fragen auf: Was ist überhaupt die Provinz, und *wo* ist sie? Sind es nur die Dörfer und vielleicht noch die Kleinstädte? Oder zählen auch Mittelstädte zur Provinz? Ist Provinz überhaupt eine rein räumliche Kategorie? – Wie Raum und Geisteshaltung einander bedingen, wird in einigen der Artikel dieses Schwerpunkts diskutiert. Die Spannung zwischen Raum und Geist ist zentral, wenn man das Schillern und Changieren des Motivs „Provinz“ verstehen will. Es weist auf eine räumliche Verfasstheit hin, weist im Begriff der Provinzialität aber auch über diese hinaus. Geistesgeschichtlich kann auch von „Provinzen des Denkens“ gesprochen werden, von abseitigen Gegenden, durch die nie die Hauptströmungen irgendeiner Wissenschaftsdisziplin flossen und die dennoch unseren akademischen Reichtum und die Vielfalt des Denkens ausmachen.

Dass wissenschaftliche Forschung überwiegend in Metropolen stattfindet und aufgrund der Verfasstheit der akademischen Strukturen, dort, wo sie in kleineren Städten situiert ist, doch letztlich oftmals von Forschenden ausgeführt wird, die aus Großstädten pendeln oder nur vorübergehend in „der Provinz“ wohnen, wirft ein politisches Schlaglicht auf die Frage, wo die Provinz in der Forschung eigentlich bleibt. Die Frage nach der Provinz als Forschungsgegenstand sowie als (oftmals fehlende) Perspektive und Standpunkt des

Leseprobe
Kauf im Webschop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

Forschens verweist eindrücklich auf die Situiertheit unseres Denkens und unserer Forschung – nicht nur in geistigen Kategorien, auch räumlich sind sie immer verortet. Diese Situiertheit zu reflektieren, gehört dank Wissenschaftssoziologie und -geschichte zum sozial- und geisteswissenschaftlichen *Common Sense*. Allerdings bleibt sie oftmals unreflektiert, wenn es um die metropolitane gegenüber der provinziellen Perspektive geht.

Zwar ist die Vorstellung wissenschaftlicher „Objektivität" in einem strengen Sinne im Zuge der Wissenschaftskritik des 20. Jahrhunderts obsolet geworden. Aber die Loslösung von ihrem Entstehungskontext ist nach wie vor Bestreben und Ziel von Forschung und ihre „Ortlosigkeit" daher nur die logische Folge. Allerdings besteht so immer die Gefahr, dass die Perspektive der Metropole *als Perspektive* unsichtbar und damit unausgesprochen zur Norm wird. Ähnliches ließe sich vermutlich auch über andere Bereiche von Kultur und Öffentlichkeit sagen, wie den überregionalen Journalismus, der den öffentlichen Diskurs in anderer Weise prägt als wissenschaftliche Forschung. Er wird ebenfalls in Großstädten gemacht und thematisiert den ländlichen Raum nicht selten auf fast schon ethnologische Weise als das faszinierende und/oder bedrohliche Andere.

Die Beiträge des Schwerpunkts befassen sich auf verschiedene Weise mit Räumen der Provinz, des Provinziellen. Immer aber klingt durch: Die Provinz ist nie nur räumlich gedacht, sie ist immer auch ein soziales, ein politisches, ein historisches, ein geistiges und auch ein ökonomisches Phänomen. Ohne die Spannung zwischen Metropole und Provinz (wie auch immer diese dann genau bestimmt sein mögen) kommt allerdings kein Beitrag aus. Diese beiden Pole bedingen einander und erst aus ihrer Beziehung ergeben sich Selbstverständnisse, -beschreibungen und -verortungen und damit letztlich auch gesellschaftliche Verhältnisse. Die Eigensinnigkeit der Provinz ist also vermutlich nicht zu erfassen ohne eine Abwertung des Metropolitanen – eine analytisch nicht sehr befriedigende Perspektive. Insofern liegt es nahe, herauszuarbeiten, wie sich diese beiden Pole aufeinander beziehen, wie ihr Spannungsverhältnis Entwicklungen bedingt und auch Bewertungs- und Analyseraster hervorbringt.

Zum Auftakt untersucht *Tobias Becker* das historische Missverhältnis zwischen Metropole und Provinz. Er betont die Relationalität der beiden Begriffe, die aber wegen der hegemonialen metropolitanen Perspektiven letztlich zu Ungunsten des Ländlichen und der Provinz ausfallen. Trotz der zunehmenden Vernetzung der Welt und des Zurücktretens des physischen Orts in Zeiten globaler Kommunikation sei der Topos des Provinziellen nicht verschwunden. Allerdings wurde, so Becker, das Metropole-Provinz-Verhältnis vor dem Hintergrund der Globalisierung neu justiert.

Die nächsten beiden Texte behandeln grundlegende philosophische Fragen anhand der Dichotomie Metropole/Provinz. Die Verortetheit unseres Denkens kann, so scheint es, auf anthropologischer und metaphysischer Ebene nicht durch Vernetzung und Digitalisierung zum Verschwinden gebracht werden. *Zanan Akin* stellt die Frage, worin Metropolität und Provinzialität überhaupt noch bestehen können, wenn der Lebensort durch ortsungebundenes Arbeiten immer weniger bedeutsam und der Lebensstil entscheidend wird. Anhand einer auf Heidegger rekurrierenden kritischen Auseinandersetzung mit Andreas Reckwitz' Konzeption der „Gesellschaft der Singularitäten" wird die „Erlebbarkeit" als Schlüsselbegriff herausgearbeitet, der eine neue Annäherung an das Verhältnis zwischen Provinz und Metropole ermöglichen könnte. Ebenfalls mit Heidegger, dem Philosophen der Provinz *par excellence* – der reaktionäre, nationalistische Unterton seiner Provinzbegeisterung muss dabei immer mitgedacht werden –, arbeitet *Michael Meyer-Albert*, wobei er diesem Hannah Arendt und ihre Emphase der Urbanität gegenüberstellt. Provinzialität und Urbanität werden als zueinander in einem Spannungsverhältnis stehende Modi der existenziellen Weltoffenheit dargestellt, die auch und gerade in einer globalisierten Welt notwendig bleiben.

Am konkreten Fall und an empirischem Material orientieren sich die drei folgenden Beiträge: Zunächst erinnert *Bernd Belina* an

Leseprobe
Kauf im Webshop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

die westdeutsche Provinz-Debatte der 1970er Jahre. Er präsentiert eine strukturierte Collage aus „Fundstücken", die auch für gegenwärtige Debatten aufschlussreich sein können: Die Provinz als Raumkategorie in ihrem heutigen Sinn ist Produkt der räumlich ungleichen Entwicklung des Kapitalismus. Es sind diese räumlichen Verhältnisse, die Provinzialismus – verstanden als apodiktisches Setzen des Eigenen gegen das Fremde – begünstigen, aber nicht bedingen. Daher lässt sich Provinzialismus häufiger, aber nicht nur, in der Provinz finden. Den Nexus zwischen Fußball und Provinz arbeitet *Philipp Didion* am Beispiel von Fußballstadien heraus. Er zeigt, dass neben dem oftmals mit dem Fußball assoziierten aggressiven Lokalpatriotismus weitere Bedeutungsschichten existieren. In einer vergleichenden Analyse zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland deutet sich an, dass Fußballstadien beides sein können: Orte kreativer Re-Provinzialisierung mittels provinz- und heimatpraktischer Aneignungsprozesse und Orte der De-Provinzialisierung mittels sukzessiver Horizont- und Funktionserweiterungen. Am Beispiel von Gütersloh zeichnen *Joana Gelhart*, *Christoph Lorke* und *Tim Zumloh* in ihrer Fallstudie die Entwicklung von der Mittelstadt zur Großstadt nach. Sie gehen jenen Neupositionierungen nach, die sich in den Handlungsfeldern städtischer Repräsentations-, Infrastruktur- und Migrationspolitik zwischen Provinz und Großstadt bewegten. Ihrer Untersuchung liegt ein performatives Verständnis zugrunde, wonach „Provinz" und „Großstadt" keine faktischen Größen darstellen, sondern stets diskursiv und habituell hervorgebracht und individuell angeeignet werden.

Der Schwerpunkt wird abgerundet durch zwei Projektvorstellungen, die in unterschiedlichen Anteilen eine Verortung in „der Provinz" betonen und zugleich die Potenziale des spezifisch ländlichen Blicks und der ländlichen Lebensweise heben wollen. *Ricardo Kaufer* versteht die Provinz als „Projektraum" für eine Nachhaltigkeitstransformation von unten. Er stellt verschiedene Projekte vor, die zur ökonomischen und ökologischen gesellschaftlichen Transformation beitragen wollen, und argumentiert, dass der ländliche Raum ein günstiger Nährboden für diese Bestrebungen ist. Zugleich fordert Kaufer, dass moderne Staatlichkeit die Zugänglichkeit zur und Gestaltbarkeit der Provinz stärker als öffentliches Gut organisieren sollte. *Kenneth Anders* rückt den Begriff des Eigensinns ins Zentrum seiner Überlegungen: Er weist darauf hin, dass Provinzen nicht aus sich heraus bestehen, sondern in Beziehung zu einem Staat oder Ballungsraum zu sehen sind, ohne deswegen in den Interessen des Zentrums aufzugehen. Provinzieller Eigensinn, so Anders, entfaltet sich durch regionale Kommunikation – im Interesse des ländlichen Raums, aber auch als Korrektiv in der Gesellschaft. Diese Dialektik arbeitet der Autor am Beispiel des Oderbruchs und eines dort entwickelten Ansatzes regionaler Selbstbeschreibung heraus.

Außerhalb des Schwerpunkts analysiert *Roger Woods* „Das Echolot. Abgesang '45", den letzten Band von Walter Kempowskis „kollektivem Tagebuch" des Zweiten Weltkrieges. Beim Vergleich von Kempowskis Originalunterlagen mit den Auszügen, die im „Abgesang '45" veröffentlicht wurden, zeigt sich, dass Kempowski das Material, das er erhalten hatte, so arrangierte, überarbeitete und rekontextualisierte, dass die heterogenen Erinnerungen verschiedener Individuen gegenüber der Darstellung kollektiven deutschen Leids in den Hintergrund treten. Das nicht zuletzt in der Corona-Pandemie in Bewegung geratene Verhältnis von Arbeit und Freizeit ist der Ausgangspunkt für *Gregor Ritschel*, nach der Geschichte und Aktualität des Begriffs der freien Zeit zu fragen. Ritschel zufolge ist freie Zeit eine politische Idee, die es verdient, stärker beachtet und in ihrem Eigensinn gewürdigt zu werden. Sein Beitrag endet mit einem Plädoyer für eine neue Kultur der freien Zeit, die mehr ist als Erholung von der Erwerbsarbeit.

Johanna Wischner
Thomas Müller

Leseprobe
Kauf im Webschop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

Tobias Becker

Metropole – Provinz

Zur Geschichte eines (Miss-)Verhältnisses

„Die ‚Provinz' als Thema historischer Untersuchung, das schien Anfang der 70er Jahre [...] noch eine originelle Forschungsidee", schrieb der Historiker Martin Broszat 1978. „Ich hielt sie für weit abgelegen von der Theoriediskussion und -erwartung, die damals auch in Konstanz den studentischen Wissenschafts-Nachwuchs gefangen hielt." (Broszat 1978: 9) Die Provinz als theorieferner Raum? Für Broszat war sie das im doppelten Sinn: als Ort, *an dem* man nicht und *den* man nicht theoretisierte. Während Broszat im ersten Fall in der badischen Provinz eines Besseren belehrt wurde, scheint er im zweiten Recht behalten zu haben. Denn tatsächlich kann die Provinz – gerade im Vergleich zu ihrem Pendant – als untertheoretisiert gelten. Es gibt eine lange Tradition der Stadttheorie und -soziologie, aber keine Provinztheorie oder -soziologie, es gibt eine Urbanistik, aber keine Provinzialistik. Finden sich einige Untersuchungen zu dem – aktuell wieder diskutierten – Verhältnis von Stadt und Land, wissen wir über das Metropole-Provinz-Verhältnis wenig Systematisches (siehe zuletzt etwa Haffert 2022). Ist von der Provinz die Rede, dann entweder im konkreten Sinn einer bestimmten Region – etwa Baden im Fall von Broszats Projekt – oder abstrakt im Sinn von allem, was nicht Metropole ist. *Was* die Provinz jedoch ist, wie man sich ihr nähern kann und wie sich Provinz und Metropole zueinander verhalten, gelte es näher zu bestimmen. Dazu will dieser Artikel einen Beitrag leisten.

Wie lässt sich die wissenschaftliche Zurückhaltung gegenüber der Provinz erklären, zumal auch Wissenschaftler:innen diesen Begriff durchaus nicht selten verwenden? Drei Gründe scheinen dafür zentral. Erstens ist Provinz ein vager Begriff, der zudem oft polemisch aufgeladen erscheint und das gilt erst recht für „provinziell" und „Provinzialismus". Schon dadurch mag er vielen als Analysebegriff für wissenschaftliche Untersuchungen wenig geeignet scheinen. Zweitens, und wichtiger, gibt es einen großstädtischen, wenn nicht gar metropolitanen Bias, im Englisch *urban normativity* genannt. Wie die meisten Universitäten, Akademien, Forschungseinrichtungen und Archive sind die dort tätigen Wissenschaftler:innen überwiegend in Großstädten ansässig – und dies wegen der Unplanbarkeit akademischer Karrieren oft sogar selbst dann, wenn sie an Institutionen in der Provinz arbeiten – und tendieren dazu, die metropolitane Perspektive zu privilegieren (Bachmann 2022). Vielleicht tun sie dies drittens auch deshalb, um die eigene provinzielle Herkunft zu überdecken. So verrät für Karl Heinz Bohrer das mangelnde Interesse am Provinziellen selbst eine provinzielle Haltung. „Wenn die Soziologen und Politologen keinen Namen für das Phänomen der Provinzialität fanden oder ihnen diese Frage gleichgültig ist," polemisierte er 1991 im „Merkur", „dann liegt das vielleicht auch daran, daß ihre Mehrheit selbst in ihrem intellektuellen, psychologischen und ästhetischen Lebensbereich betont provinziell blieb." (Bohrer 2000: 63)

Welchem Grund man nun den Vorzug geben mag, die Fokussiertheit auf die Metropole spricht allein schon dafür, die Provinz als Gegenstand ernster zu nehmen, als dies bislang der Fall war. Zumal dies nicht nur Aufschluss

Leseprobe
Kauf im Webschop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

über diese selbst verspräche, sondern auch über die Metropole, als deren Gegenstück die Provinz oft erscheint, sowie über die Beziehungen zwischen beiden. Im Folgenden werden vier Thesen diskutiert, die versuchen, diese aus historischer Perspektive am Beispiel von Großbritannien, Frankreich und Deutschland näher zu bestimmen.

Die erste These lautet, dass es sich bei Metropole und Provinz um relationale Größen handelt, die sich nur im Verhältnis zueinander definieren lassen. Da dieses aber meist hierarchisch gedacht wird, wäre treffender von einem *Miss*-Verhältnis zu sprechen. Auch die zweite These zielt auf eine Abgrenzung ab, hier zwischen „der Provinz" und „dem Land", denn dabei handelt es sich keineswegs um dasselbe, so dass auch das Metropolen-Provinz-Verhältnis nicht dem Stadt-Land-Verhältnis in eins gesetzt werden kann. Gemeinsam haben „Provinz" und „Land" allerdings wieder, dass es sich bei ihnen ganz wesentlich um kulturelle Projektionen handelt, so eine dritte These. Da diese oft von der Metropole ausgehen bzw. hier geprägt werden, handelt es sich abermals um ein Missverhältnis zuungunsten der Provinz. Die letzte These lautet, dass die Provinz, anders als viele Kommentator:innen seit der Mitte des 20. Jahrhunderts argumentieren, nicht verschwunden ist, sondern dass das Metropole-Provinz-Verhältnis vor dem Hintergrund der Globalisierung eine Neujustierung erfahren hat: *global cities* stehen weltweit *provincial hinterlands* gegenüber.

Ohne Metropole keine Provinz – ohne Provinz keine Metropole

Manche Stadtklassifikationen betrachten die Metropole lediglich als eine noch größere Großstadt ab einer bzw. fünf Millionen Einwohner:innen (Mieg 2012). Wenn die demographische Größe sicher auch ein wichtiger Faktor für den Metropolenstatus ist, reicht sie für sich genommen jedoch nicht aus und das gilt zumal in historischer Perspektive. In dieser erscheinen Paris und London bereits in der frühen Neuzeit unzweifelhaft als Metropolen, obwohl ihre Einwohnerschaft selbst Ende des 18. Jahrhunderts noch unter der Millionenmarke lag. Schätzungen zufolge lebten in Paris um 1800 662.000, in London 959.000 Menschen. Damit war die jeweilige Bevölkerung jedoch nicht nur erheblich größer als die der nächstgrößeren Städte Lyon (146.000) und Manchester (89.000), sondern als die aller anderen Großstädte zusammengenommen (Benedict 1990; Gregory, Stevenson 2007: 245). Es kann daher nicht überraschen, dass bei der britischen Wendung *town and country* bis ins 19. Jahrhundert hinein mit *town* London und mit *country* der Rest des Landes gemeint war (Dyos 1971: 93). Keine andere Stadt konnte es schon rein größenmäßig mit der Metropole aufnehmen. Dieser Abstand war es, der die Großstadt zur Metropole machte. Umgekehrt gibt es heute insbesondere in Asien Großstädte, die trotz Millionengröße noch nicht unbedingt als Metropolen gelten, weil sie anderen, meist noch größeren, vor allem aber einflussreichen Städten untergeordnet sind.

Metropole meint deshalb mehr als bloß eine noch größere Großstadt. Um als Metropole zu gelten, bedarf eine Stadt vielmehr eines Raumes, der ihr nachgeordnet ist oder in anderen Worten: der Provinz. „Denn ohne den Horizont einer viel größeren Stadt (nennen wir sie ‚Metropole'), deren Rang man herauf- und vor allem herunterspielt," wie der Literaturwissenschaftler Hans Ulrich Gumbrecht schreibt, „gibt es keine Provinz, so wie auch die Metropole die Provinz als Kontrapunkt braucht, um sie selbst zu werden." (Gumbrecht 2021: 25f.)

Dass es sich bei dem Verhältnis von Metropole und Provinz um ein hierarchisches handelt, legen bereits die historischen Ursprünge der Begriffe nahe. *Provincia* bezeichnete im Lateinischen zunächst die Aufgabenbereiche der Magistrate. Da zu diesen auch die Verwaltung militärisch besetzter Territorien zählte, wurde aus dem Aufgaben- ein räumliches Gebiet – in Frankreich heute noch abzulesen im Fall der Provence, in deren Namen noch die römische Provinz *Gallia narbonensis* nachschwingt. Rom war Metropole nicht primär aufgrund seiner Größe, sondern als Zentrum, das über eine provinzielle Peripherie herrschte.

Leseprobe
Kauf im Webschop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

Zanan Akin

Die Bilder der Welt im Erleben

Metropole und Provinz in der Spätmoderne

„In einer globalisierten, digitalisierten und urbanisierten Welt […] tritt die Bedeutung der konkreten Orte zurück – zentraler werden Lebensstil, Haltung und Mindset für die Identität der Menschen. Die […] Dichotomie von Stadt und Land wird sich künftig mehr und mehr auflösen, ländliche Lebensstile erhalten Einzug in die Stadt und urbane Qualitäten lösen sich aus ihrer physischen Bedingtheit – dabei entstehen hybride, fluide Lebensräume." (Papasabbas, Seitz 2018)

Diese Diagnose stellt eine „Trendstudie" des Zukunftsinstituts mit dem Titel „Progressive Province & Rural Cities". Dem im Namen des Instituts liegenden Versprechen entgegen enthält die hier dargestellte Zukunftsprognose kaum *Künftiges,* sondern sie fasst in ihrer plakativen Einfachheit vielmehr eine *zeitlose* Spielform einer verbreiteten Meinung unserer spätmodernen Gegenwart zusammen, deren Maxime wir in der folgenden Überzeugung ausmachen können: *Die Komplexität unserer (globalisierten, digitalisierten) Welt duldet nicht länger ein Denken in Schwarz und Weiß.* Was diese Meinung angeht, bemerkte Alain Badiou einmal, dass in dem Verweis auf die alles ineinander auflösende Komplexität unserer Welt eine apologetische Tendenz liegt, die den Wunsch nach einer allgemeinen Erschlaffung verbirgt. So solle nach diesem Wunsch im Anschein von schwindelerregenden Innovationen eigentlich nichts Wesentliches mehr geschehen, sodass es auch nichts zu unterscheiden und nichts mehr zu entscheiden gebe (Badiou 2010: 446).

Man kann dieser Apologie einer formenauflösenden und alles ineinander verwebenden Komplexität der Welt heute in jedem Bereich des Lebens begegnen – sei es in der Werbung, in Ausstellungen moderner Kunst oder – wie die zitierte Trendstudie zeigt – auch in Äußerungen über die „Zukunft" des Verhältnisses von Metropole und Provinz.

Frag*würdig* indes ist zunächst, was für einen Weltbezug die Bestimmung einer *Fluidität* der hybriden Lebensräume, die die Dichotomie zwischen Provinz und Metropole auflöste, voraussetzen müsste, wenn wir dabei die relative *Solidität* der Ungleichheiten zwischen den Menschen, die diese „Räume" bewohnen, mitberücksichtigen. So geht es uns im Ganzen um den Versuch einer Annäherung an diesen Weltbezug, auf dessen Grundlage das oben kurz zum Vorschein gekommene spätmoderne *fluide* Verhältnis zwischen Metropole und Provinz einzig entstehen kann.

Die Welt als Bild: Der Lebensstil und die zurücktretende Bedeutung des Ortes

Den ersten Hinweis auf den Weltbezug, nach dem wir suchen, können wir in der Diagnose eines „Zurücktretens der Bedeutung der konkreten Orte" feststellen, der ein Gleich-gültig-Werden des Ortes bezeugt. Denn wenn die Bedeutung des konkreten Orts zurücktritt, so ist es gleich-gültig, wo man sich je und je befindet.

Denkt man an die meisten deutschen Orte, so erscheint die These vom Zurücktreten der Bedeutung des Ortes zunächst durchaus triftig: Ist man denn überhaupt an einem anderen Ort, wenn man bspw. von irgendeinem Bahn-

Leseprobe
Kauf im Webschop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

hof zu einem anderen fährt? Gibt es nicht in jeder Stadt oder jedem Dorf und – je nach Größe – um jeden Bahnhof herum mehr oder weniger die gleiche *Merkur-Spielothek*, den gleichen *Döner-* und *Relay-Laden*, den gleichen *McDonalds* sowie ähnliche Straßenstrukturen: eine zentrale Bahnhofstraße mit Brunnen? Vielleicht noch eklatanter: Gibt es nicht in jedem Ort in ihren vielfältigen Differenzen dieselben Szeneviertel oder stellvertretende Erlebnismöglichkeiten, die sich nur graduell unterscheiden?

Wenn aber die Bedeutung des Ortes in der gegenwärtigen Welt tatsächlich zurücktritt: Wodurch wird sie dann ersetzt? Folgen wir dem Text des Zukunftsinstituts, so lautet die Antwort: durch den *Lebensstil*.

Wenn dies aber auch zutreffen sollte – würde es dann nicht wiederum bedeuten, dass die ganze Welt als ein bloßer Hintergrund für die Entfaltung der eigenen „Identität", die Gestaltung und den Genuss meiner selbst betrachtet werden müsste? In der Tat. Nicht ohne Grund sagt Heidegger, dass die Welt zu einem *Bild* wird, wo die Objektivität der Welt selbstverständlich, d. h. der Mensch als Subjekt seiner selbst sich durch sein Vor-stellen und die seiner Vor-stellung gemäße Gestaltung der Welt sicher wird (Heidegger 2003, 2009: 90).

Das Zurücktreten der Bedeutung des Ortes impliziert also, dass sich die Metropolität der Metropole und die Provinzialität der Provinz nicht geographisch bestimmen ließen, sondern durch den *Lebensstil.* Wenn es tatsächlich der *Lebensstil* sein sollte, der bewirkt, dass die Bedeutung des *Ortes* zurücktritt, und wenn noch dazu zu sagen ist, dass „in einer [...] urbanisierten Welt [...] urbane Qualitäten [...] sich aus ihrer physischen Bedingtheit [lösen]", dann könnte man gewiss von einer Auflösung sprechen. Was sich hier auflöst, wäre jedoch nicht die *Dichotomie* zwischen Provinz und Metropole, sondern jeglicher Unterschied zwischen Provinz und Metropole, mithin auch alle Unterschiede der sozialen Realitäten der Menschen, die sie bewohnen, in die alles „hybridisierende" Apologie der Komplexität unserer Welt. So können wir den Text des Zukunftsinstituts insofern als symptomatisch betrachten, als darin eine bestimmte Tendenz zum Ausdruck kommt – dass nämlich die Provinz in unserer Gegenwart zu dem geworden ist, was Platon *μὴ ὄν* [me on] nennt, das heißt ein Seiendes, das am Wesen gemessen eine Vereinseitigung darstellt und daher nicht *sein sollte* (Heidegger 1992: 71). Es scheint also unmöglich, sich dem Provinziellen *als* Provinziellem anzunähern, ohne die Provinz in Urbanität aufzulösen.

In Wahrheit bekundet sich im angesprochenen „Zurücktreten der Bedeutung des Ortes" also ein Sieg des Urbanen; aber nur ein trüber Sieg. Denn indem das Urbane zu einer allumfassenden und alles verschlingenden Wirklichkeit wird, ist nicht länger klar, worin die Urbanität des Urbanen wie auch die Provinzialität der Provinz angesichts der den Gegebenheiten entsprechenden Diagnose bestehen sollten.

So zeigt der Text des Zukunftsinstituts uns zwar den *Lebensstil* als dasjenige auf, das das Zurücktreten der Bedeutung des Ortes ermöglicht; was bedingt aber, dass dem Lebensstil diese Fähigkeit zukommt?

Wonach wir fragen, ist somit die Grundlage, auf der solch eine das „Orthafte des Ortes auflösende" These des Lebensstils überhaupt beruhen kann, um uns dann dem Weltbezug anzunähern, der die Zentralität des Lebensstils begründet. So könnten wir ansatzweise sagen, dass es uns, mit Kant gesprochen, um die *Bedingung der Möglichkeit* des Zurücktretens der Bedeutung des Ortes geht. Insofern diese Frage bei Kant die „Erfahrung" übersteigt und sie als solche metaphysisch begründet, so können wir sagen, dass auch unsere Suche im Kern eine *metaphysische* ist. So möchten wir uns im Folgenden auf den Stellenwert des Lebensstils fokussieren, um herauszufinden, worauf er gründen kann. Genau dafür werden wir uns im Folgenden zuerst Andreas Reckwitz' „Gesellschaft der Singularitäten" zuwenden. Warum aber die Hinwendung zur Soziologie, wenn unsere Suche im Kern eine philosophisch-metaphysische ist? Im Allgemeinen können wir sagen, dass die Soziologie ihrer Arbeitsweise nach zwar „Trends" und „Tendenzen" feststellt und sie *en détail* beschreibt. Diese Feststellungen und Beschreibungen beruhen aber oft genug auf bestimmten metaphysischen

Leseprobe
Kauf im Webschop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

Michael Meyer-Albert

Darum bleiben wir in der Provinz

Ein topologischer Dialog zwischen Hannah Arendt und Martin Heidegger

Im Jahr 1933 verfasste Martin Heidegger einen Text mit dem vielsagenden Titel „Schöpferische Landschaft: Warum bleiben wir in der Provinz?“ (vgl. Heidegger 2002: 9ff.). Heidegger spricht sich darin für einen Vorrang der Provinz gegenüber der Stadt aus. In dem folgenden Aufsatz möchte ich Heideggers Vorbehalte erneut prüfen und einen Vorschlag unterbreiten, warum es auch in heutiger Zeit rational sein kann, in der Provinz zu bleiben, ohne die von Heidegger vertretene deutsche, allzu deutsche Bodenständigkeit im Geiste einer romantischen Antiurbanität zu wiederholen (vgl. Safranski 2007: 350ff.). Dafür sollen die Philosophien von Hannah Arendt und Heidegger in einen topologischen Dialog gebracht werden.

Auf Feldwegen. Heideggers Provinzialität

Um einen philosophisch anspruchsvollen Begriff von Provinzialität zu erreichen, ist Heideggers Denken, das als Reflexion des Seins zu verstehen ist, informativ. In einer epochalen Verbindung von Phänomenologie und Hermeneutik wird dabei das abstrakte, scholastische Spekulieren über die Strukturen des Seins zurückgeführt auf alltägliche Phänomene. Das Sein zeigt sich so nicht als etwas, was jenseits eines vergänglichen, vielfältigen, besonderen Lebens als eine unwandelbare, ewige, allgemeine Größe meditiert wird, sondern als eine Entität, die die normale Existenz in ihrer Alltäglichkeit durchdringt. Heideggers Ontologie intensiviert so die phänomenologische Nähe zu den Sachen, die sein Lehrer Husserl forderte, durch eine Analyse der „Jemeinigkeit“ des „Daseins“ als gewöhnliches „In-der-Welt-sein“ (vgl. Heidegger 1953: 12ff., 53).

Für die Thematisierung des Dualismus von Stadt und Land ist es nun entscheidend, dass die zentrale Größe des „In-der-Welt-seins“ von Heidegger als etwas identifiziert wird, das sich einer begrifflichen Fixierung vollständig entzieht. Die maßgebliche Konditionierung des jemeinigen Daseins erfolgt über Stimmungen: „Stimmungen sind die Grundweisen, in denen wir uns so und so befinden. Stimmungen sind das Wie, gemäß dem einen so und so ist. [...] Dieses ‚es ist einem so und so‘ ist nicht und nie erst die Folge und Begleiterscheinung unseres Denkens, Tuns und Lassens, sondern – grob gesprochen – die Voraussetzung dafür, das ‚Medium‘, darin jenes erst geschieht.“ (Heidegger 1992: 101) Mit dieser innovativen Konzeption einer medialen Subjektivität gelingt es Heidegger, ein neues Verständnis des Menschen zu artikulieren. Der zentrale Satz dafür lautet: „Die Gestimmtheit der Befindlichkeit konstituiert existenzial die Weltoffenheit des Daseins.“ (Heidegger 1953: 137)

Dieser Grundcharakter des eigenen Daseins als „gestimmtes Sichbefinden“ (ebd.: 135) wird einem nicht reflexiv bewusst. Für Heidegger ist dafür eine besondere „Grundstimmung“ nötig, die einem die Offenheit der Welt erschließt. Nicht in der Reflexion, sondern in den Grundstimmungen erfährt man den Boden der eigenen Existenz als fundamental bodenlose Erschütterbarkeit. Dabei wechselt die Art der Grundstimmung in Heideggers Philosophie. In „Sein und Zeit“ ist es die Angst, in der Vorlesung „Grundbegriffe der Metaphysik“ wird

Leseprobe
Kauf im Webschop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

daraus die Langeweile (vgl. Heidegger 1953: 182ff., 1992: 117ff.). In seinen späteren Werken gibt es keinen eindeutigen Begriff mehr für die Grundstimmung. Es lässt sich aber aus den Umschreibungen ableiten, mit denen er die Existenz des gestimmten Sichbefindens erfasst, dass es Heidegger um provinzielle Stimmungen geht. Aus der Weltoffenheit wird das Phänomen „Welt weltet" (Heidegger 1980: 30) und dieses Welten strahlt die Stimmung einer agrarischen Welt und ihrer „Verläßlichkeit" aus. Heidegger illustriert diese Stimmungswelt an einem Paar Bauernschuhe, das van Gogh malte: „Aus der dunklen Öffnung des ausgetretenen Inwendigen des Schuhzeugs starrt die Mühsal der Arbeitsschritte. [...] Auf dem Leder liegt das Feuchte und Satte des Bodens. Unter den Sohlen schiebt sich hin die Einsamkeit des Feldwegs durch den sinkenden Abend. In dem Schuhzeug schwingt der verschwiegene Zuruf der Erde, ihr stilles Verschenken des reifenden Korns und ihr unerklärtes Sichversagen in der öden Brache des winterlichen Feldes. Durch dieses Zeug zieht das klaglose Bangen um die Sicherheit des Brotes, die wortlose Freude des Wiederüberstehens der Not, das Beben in der Ankunft der Geburt und das Zittern in der Umdrohung des Todes. Zur Erde gehört dieses Zeug und in der Welt der Bäuerin ist es behütet." (ebd.: 18f.)

Durch den Gedanken einer die Weltoffenheit erfassenden agrarischen Grundstimmung als „Verläßlichkeit" lässt sich genauer sagen, warum Heidegger in der Provinz bleibt. Für den Denker des Seins wird die Provinz zu einer ontologischen Landschaft und nur in ihr findet er die Stimmungen, die die Welt für ihn „welten" lassen. In einem Brief aus dem Jahr 1930 schreibt er: „Das großstädtische Wesen aber verschafft nur ein Angeregt- und Aufgeregtsein – den Schein einer Wachheit. Auch das beste Wollen wird erstickt in Sensation und Repräsentation – das Unwesen aller Philosophie." (vgl. Ott 1992: 194)

Diese Aversion gegen die Stadt ist nicht bloß eine Idiosynkrasie. Heideggers Distanz zur Stadt beruht auf der Ansicht, dass sich dort der Geist der modernen Zeit verdichtet. Heidegger verneint das Urbane als eine Form der Rationalität, die er als „rechnendes Denken" betrachtet und der er ein „spekulativ-sinnende[s] Denken" (Heidegger 2002: 152f.) gegenüberstellt. Diese rechnende Ratio verkörpert sich für ihn in einem Selbstverständnis der Individuen als weltvorstellende, von einem Machtwillen durchzogene Subjekte. Seine Aversion gegen die Stadt begründet sich so in einer Aversion gegen das moderne Subjekt. Sein Antiurbanismus ist lesbar als ein philosophischer Ökologismus gegen den „planetarischen Imperialismus des technisch organisierten Menschen": „Der Mensch als Vernunftwesen der Aufklärungszeit ist nicht weniger Subjekt als der Mensch, der sich als Nation begreift, als Volk will, als Rasse sich züchtet und schließlich zum Herrn des Erdkreises sich ermächtigt. [...] Im planetarischen Imperialismus des technisch organisierten Menschen erreicht der Subjektivismus des Menschen seine höchste Spitze, von der er sich in die Ebene der organisierten Gleichförmigkeit niederlassen und sich dort einrichten wird. Diese Gleichförmigkeit wird das sicherste Instrument der vollständigen, nämlich technischen Herrschaft über die Erde." (Heidegger 1980: 108f.)

Für Heidegger steht fest: Die Stadt denkt nicht. Sie besitzt als Ort keine Offenheit, die einen das Welten der Welt erfahren lässt. Schlimmer noch: In ihr tobt das aggressive Wesen der Subjektivität: „Nicht das Anwesende waltet, sondern der Angriff herrscht." (ebd.: 106) Dabei scheint es ihm egal zu sein, ob der Angriff letztlich durch den autonomen Aufklärer, den kommunistischen Berufsrevolutionär oder den völkischen SS-Mann repräsentiert wird. Daher bleibt Heidegger in der Provinz. Anstelle eines „Be Berlin" zieht der Denker des Seins ein „Be Feldweg" vor: „Das Einfache verwahrt das Rätsel des Bleibenden und des Großen. Unvermittelt kehrt es bei den Menschen ein und braucht doch ein langes Gedeihen. Im Unscheinbaren des immer Selben verbirgt es seinen Segen. Die Weite aller gewachsenen Dinge, die um den Feldweg verweilen, spendet Welt." (ebd.: 89)

In der Stadt. Arendts Urbanität

Mit der Analyse von Heideggers ontologischer Deutung ist es möglich, das Thema Provinz in

Leseprobe
Kauf im Webschop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

Bernd Belina

Provinz und Provinzialismus in kritischen Debatten der BRD der 1970er Jahre

Zum Ressentiment gegen „urbane Eliten“

Im politischen Diskurs wird die „Provinz“ häufig aufgerufen, um sie gegen die Überheblichkeit „urbaner Eliten“ zu verteidigen. Vor allem ein zum Rechtsextremismus hin offener Rechtspopulismus mit ideologischen Wurzeln in der Neuen Rechten schreibt sich die Verteidigung der Provinz gegen die Eliten auf die Fahnen (vgl. Metz, Seeßlen 2018; Belina 2022b). Dabei werden Ressentiments gegenüber der Provinz behauptet, die kaum bis gar nicht belegt werden (müssen). Schließlich zielt die Behauptung einer Abwertung der Provinz primär darauf ab, selbst Ressentiments zu mobilisieren, und zwar gegenüber „urbanen Eliten“ bzw. dem „urbanen Establishment“. So zentral die „Polarisierung von Volk und Elite“ (Priester 2019: 12) für jeden Rechtspopulismus ist, so unscharf fällt die Bestimmung dieser „Elite“ aus. Gemeint sind stets Akteure, die für den als unbefriedigend wahrgenommenen Ist-Zustand verantwortlich gemacht werden und die angeblich nichts wissen vom „wirklichen Leben“ des Volkes. Dieses wird im populistischen Narrativ von den Eliten gegängelt: „Vom Finanzkapital, von multinationalen, global agierenden Konzernen, von technokratischen oder bürokratischen Steuerungseliten, von den untereinander kaum noch unterscheidbaren Parteien des Mainstreams und nicht zuletzt von sozialmoralischen Deutungseliten, insbesondere den Medien, aber auch von Kirchenvertretern oder Intellektuellen.“ (Ebd.: 13) So ungenau die inhaltliche Bestimmung der Elite im rechten Diskurs, so klar deren Verortung: Die verhasste Elite findet sich in der Groß- oder Hauptstadt (vgl. Gadinger 2019; Burkhardt, Feustel 2021). Im Anschluss an die lange Tradition rechter Großstadtfeindlichkeit wird behauptet, „dass politische Akteure in den Städten einen Verrat an Volk und Vaterland begingen […]. Aus Sicht rechter Agitation verschränkt sich also in den Städten die angeblich geplante ‚Umvolkung‘ mit einem links-grün-ideologisierten, manipulierenden Establishment, welches für diese und andere Bedrohungen verantwortlich gemacht wird“ (ebd.: 55f.).

Den so der Provinzfeindschaft Geziehenen fällt häufig auffällig wenig ein, um die Anwürfe zu widerlegen. Dies hat vor allem zwei Gründe: Erstens spüren Menschen in peripherisierten, oft ländlichen Räumen in West- und insbesondere Ostdeutschland deutlich, dass sie in der Mehrzahl tatsächlich zu den Verlierer*innen von Neoliberalisierung und Austerität zählen – und die wenigen Gewinner*innen tendenziell in der Großstadt zu finden sind. Insbesondere öffentliche Investitionen in der Provinz gingen in den letzten Jahrzehnten zurück. Ab den 1990er Jahren endete die kurze Phase, in der im Zuge eines *Spatial Keynesianism* (Verkehrs-)Infrastrukturen, höhere Bildungseinrichtungen und subventionierte Industrien in der Provinz entstanden, um das nationale Wirtschaftswachstum zu befördern und die Metropolen zu entlasten (Brenner 2004; Heeg 2001; Mießner 2017). Als Folge dessen wachsen Disparitäten zwischen Zentren und Peripherien sowie zwischen peripherisierten Gegenden (vgl. Fink u. a. 2019). Die vielbeschworenen „gleichwertigen Lebensverhältnisse“ des Grundgesetzes werden endgültig zu leeren Worthülsen. An ihre Stelle tritt die „Heimat“, nach der Ministerien benannt

Leseprobe
Kauf im Webschop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

werden (Regener u. a. 2022) und die ihre alte ideologische Funktion als „verlorenes Gegenteil der ‚Moderne'" (Oesterhelt 2016: 205) wieder erfüllen soll. „Heimat" wird zum vermeintlich intakten Ort der Geborgenheit angesichts einer, wie der ehemalige Heimatminister formulierte, „tiefe[n] und spürbare[n] Verunsicherung über die mannigfaltigen Folgen einer nun seit dem Ende des Kalten Krieges sich vollziehenden und Globalisierung genannten Entgrenzung aller Lebensverhältnisse" (Seehofer 2018) – natürlich ohne zu erwähnen, dass mit dem Ende des *Spatial Keynesianism* jeder ernsthafte Versuch der Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Zentrum und Peripherie abgebrochen und stattdessen ökonomisch und politisch ausbeutbare räumliche Ungleichheiten gezielt politisch geschaffenen wurden. Weitgehend unbemerkt von der uninteressierten (urbanen?) Öffentlichkeit werden diese Prozesse, ihre Folgen sowie Gegenstrategien in einschlägigen wissenschaftlichen Disziplinen und Politikfeldern intensiv diskutiert (vgl. ARL 2020; Belina u. a. 2022; Dudek 2021; Henkel 2018; Mießner 2017; Krajewski, Wiegand 2020). Ähnlich war das schon einmal, in der alten BRD der 1960er und vor allem 1970er Jahre, als der *Spatial Keynesianism* im Rahmen des westdeutschen Fordismus begann. Die damals (anders als heute) auch in der breiten politischen Linken unter dem Begriff „Provinz" geführten Debatten sind weitgehend in Vergessenheit geraten. Dies scheint ein zweiter Grund dafür zu sein, dass die als „urbane Eliten" Verunglimpften auf Vorwürfe der Provinzfeindschaft unvorbereitet sind. Sie haben sich mit diesem Thema in anspruchsvoller Weise schlicht noch nie (bzw., wenn sie mindestens das Rentenalter erreicht haben, schon lange nicht mehr) befasst.

Ziel dieses Beitrags ist es, diese alten Debatten in Erinnerung zu rufen, um heute an sie anschließen zu können. Dabei ist nicht nur die terminologische Unterscheidung zwischen der politökonomisch zu erklärenden Raumkategorie „Provinz" und der dort häufig anzutreffenden Denk- und Verkehrsform „Provinzialismus" sinnvoll, sondern auch und vor allem der Zusammenhang zwischen beiden. Die Denk- und Verkehrsformen in der Provinz wurden in den 1970er Jahren von linken Intellektuellen in der BRD auf Basis der ökonomischen, politischen und sozialen Verhältnisse vor Ort und anderswo betrachtet und es wurde nach Erklärungen für die „provinziellen" Formen gesucht. Dies wäre heutigen Debatten zu wünschen, die sich für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse nur zu interessieren scheinen, weil die AfD in der Provinz so erfolgreich ist, und sich, statt die raumökonomischen Verhältnisse und die daraus folgenden räumlich differenzierten Vergesellschaftungsformen anzugehen, auf (sinnvolle, aber nicht ausreichende) politische Bildung beschränken.

Eine strukturierte Collage aus „Fundstücken" der 1970er Jahre

„Nichts markierte deutlicher den Durchbruch des neuen Raumverständnisses [der Provinz] samt seiner politischen und kulturellen Implikationen als das ‚Kursbuch' Nummer 39 von 1975, das das Thema ‚Provinz' zum Schwerpunkt erhob und ihm […] im intellektuellen Diskurs der Bundesrepublik zu einigem Gewicht verhalf." (Siegfried 2006: 355) Die Texte dieses Kursbuchs bilden zusammen mit weiteren „Fundstücken" – dem vom Schriftsteller Carl Amery erstmals 1964 herausgegebenen (und im Folgenden stillschweigend den 1970er Jahren zugeschlagenen) Sammelband „Die Provinz. Kritik einer Lebensform" (1966a), dem Band „Der Gartenzwerg in der Boutique. Mythen der Regression – Provinzialismus heute" des Publizisten und Kulturpolitikers Hermann Glaser (1973), der historischen Studie „Zur Provinzialisierung einer Region" (Zang 1978a) sowie weiteren Texten – das Material für die folgende Bestimmung von „Provinz" und „Provinzialismus".

Die Texte entstammen alle dem Bereich zwischen Wissenschaft und Publizistik und wenden sich oft an ein breites Publikum. Manche der Autoren (in den Fundstücken findet sich tatsächlich keine einzige Autorin) sind dezidierte Marxisten, andere eher dem aktivistischen oder dem linksliberalen Spektrum zuzuordnen. Viele von ihnen beziehen sich explizit oder implizit positiv auf Theodor W.

Leseprobe
Kauf im Webshop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

Philipp Didion

Fußballstadien in der französischen und der westdeutschen Provinz

Orte kreativer Re- und De-Provinzialisierung

„Wir waren ein geachteter Verein in der Provinz. Heute sind wir in das Blickfeld der ganzen Sportwelt gerückt und keine Woche vergeht, in der nicht die europäischen Weltblätter über unsere Tätigkeit, unsere Erfolge oder auch Mißerfolge berichten. Lassen Sie uns auf alle Fälle anknüpfen an unsere so traditionsgebundene Vergangenheit und helfen Sie alle mit, das Ansehen unseres Vereins und insbesondere auch der Fußballabteilung, wie sie von der ‚Walter-Elf' so erfolgreich begründet wurde, zu erhalten und zu mehren." (Adolff 1964: 11)

Nach der ersten Saison in der 1963 gegründeten Fußballbundesliga nutzte der Verwaltungsratsvorsitzende des 1. FC Kaiserslautern und Direktor der dortigen Kammgarnspinnerei Hans Adolff das Bild des in ganz Europa bekannten Provinzclubs, um die Erfolge des Vereins zu würdigen. Hierbei handelt es sich um einen Topos, den vermeintliche Außenseitervereine aus Klein-, Mittel- oder kleineren Großstädten des Öfteren „bespielten", um eigene Erfolge und zugleich die Relevanz des provinziellen Umfelds hervorzuheben. Diese Verbindung zwischen dem modernen Sport und der Provinz soll hier am Beispiel von Fußballstadien im deutsch-französischen Vergleich untersucht werden. Dabei wird es darum gehen, an der Schnittstelle zwischen Alltags-, Emotions- und Regionalgeschichte die Konzepte Provinz, Heimat, Region und das Dispositiv[1] Stadion zusammenzudenken.

Ein Blick auf die aktuelle Forschungslandschaft verdeutlicht, dass der Nexus zwischen Fußball und Heimat mittlerweile eine gewisse Aufmerksamkeit erhalten hat (siehe u. a. Pyta 2004a; Havemann 2013: 23-27; Dietschy 2014: 528-533; Stumpp, Jallat 2013: 16-23). Der Begriff Provinz wurde dagegen bisher entweder nicht berücksichtigt oder nur unreflektiert verwendet. Konzeptionelle Überlegungen fehlen fast völlig, ebenso grenzüberschreitende Studien. Hier lässt sich ansetzen: Untersucht wird die Zeit zwischen den 1950er und den 1980er Jahren, da in dieser Phase Heimatbezug und Regionalkultur im Fußball boomten, bevor sie ab Mitte der 1980er Jahre aufgrund eines großflächigen Globalisierungs- und Kommerzialisierungsschubs zusehends an Bedeutung verloren (Pyta 2004b: 25-29). Um die Provinz- und Heimatpotenziale im Kontext des Fußballs im Allgemeinen und von Stadien im Speziellen analysieren zu können, erscheint es zentral, nach unterschiedlichen, zumeist männlichen Akteuren mit jeweils verschiedenen Agenden zu differenzieren: Anhänger:innen des Clubs, Zuschauende im Stadion, Menschen in der Provinz bzw. Region, Lokal- und Regionalpolitiker:innen, Vereinsfunktionäre, Journalist:innen, wirtschaftliche Akteur:innen. Obgleich diese Gruppen vielfältige Absichten verfolgten und diverse Strategien entwickelten, formierten sich mitunter Koalitionen mit dem Ziel, über das lokale Fußballstadion Bilder einer „anderen Provinz" (Templin 2018: 21) auszusenden, sei es an vereinsinterne Adressat:innen, sei es an eine breitere Öffentlichkeit.

Die folgenden Ausführungen beruhen auf empirischen Beispielen aus einem Promotionsprojekt.[2] Mehrere Leitfragen stehen im Mittelpunkt: Wie lässt sich Provinz in und um Fußballstadien fassen? Welche Funktionen übernahmen Sportarenen in sogenannten Provinz-

Leseprobe
Kauf im Webshop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

städten? Welche Ähnlichkeiten und Unterschiede sind – einerseits hinsichtlich des Provinzbegriffs als solchen sowie andererseits bezogen auf die Beziehung zwischen Stadien, Provinz, Heimat und Region – vergleichsgeschichtlich zwischen der Bundesrepublik und Frankreich zu erkennen? Es gilt zunächst, die Konzepte Provinz, Heimat und Region im grenzüberschreitenden deutsch-französischen Kontext zu verorten und begrifflich zu rahmen.[3] Danach wird das Stadion doppelt perspektiviert: mit Blick auf spezifische Provinz- und Heimatpraktiken zum einen als Ort kreativer Re-Provinzialisierung, zum anderen als Brennglas für die De-Provinzialisierung durch jüngere sozioökonomische Wandlungen, durch Europäisierungs- und Globalisierungstrends, die sich über den Sport und das Stadion in der Provinz ausbreiteten und zu einer Annäherung der Provinzstädte an die großen Metropolen geführt haben. Als problematisch erweist sich rasch die verbreitete Vorannahme eines chauvinistischen *patriotisme de clocher* im Fußball, denn neben übersteigertem, oftmals aggressivem Lokalpatriotismus, der sich des Öfteren in Stadien entlud, existierte eine positivere und bewusst geförderte Variante des Provinz- bzw. Heimatbewusstseins in Fußballstätten.

Provinz – Heimat – Region: Begriffsgeschichtliche Annäherungen

Die deutschsprachigen Begriffe Provinz, Heimat, Region sowie die französischsprachigen Bezeichnungen *province*, *pays (natal)*, *petite patrie*, *région* lassen sich kaum scharf voneinander unterscheiden. Sie konnten zu verschiedenen Zeiten Ähnliches oder gar Gleiches meinen und waren bzw. sind einem stetigen Wandel unterworfen. Jens Jäger (2017) hat am Beispiel des Heimatbegriffs darauf hingewiesen, dass es das Phänomen an sich – jenseits von eher abstrakten Überlegungen zu den Begrifflichkeiten – stärker in den Fokus zu rücken gilt.[4] Der vorliegende Text verwendet Provinz, Region und Heimat, ohne damit eine Synonymität zu suggerieren. Vielmehr hat jede empirische Fallanalyse zu klären, welche konkreten Vorstellungen sich mit den Begriffskonstruktionen verbanden. Bei den hier gewählten Beispielen im (profi-)fußballhistorischen Kontext beziehen sich die Bezeichnungen vor allem auf kleinere Großstädte, denen der „Geruch der Provinz“ (Rohrbacher-List 1995: 309) als negativ konnotiertes Etikett zugeschrieben wurde und längerfristig anhaftete.

Das Wort Provinz hat eine lange Geschichte.[5] Nördlich der Alpen etablierte es sich seit dem 14. Jahrhundert. Im französischen *Ancien Régime* existierten die sogenannten historischen Provinzen mit verschiedenen, oft unklaren Status als Verwaltungsgebiete.[6] Durch die Entfernung zum königlichen Hof als Machtzentrum wurde die Provinz allmählich abgewertet, insbesondere im 18. Jahrhundert entstand ein deutlicher Gegensatz zwischen Paris und Provinz (Corbin 1992: 777-784). Die Französische Revolution stellte dahingehend in zweierlei Hinsicht einen Einschnitt dar: Zum einen schrieb sie einen grundlegenden Unterschied zwischen der *République une et indivisible*, mit Paris als Zentrum, und der territorialen Vielfalt des Landes fest (Gasnier 1992: 465-467); zum anderen besiegelte sie mit der Einführung der *départements* als neue administrative Einheit das Ende der historischen Provinzen und leitete damit zugleich eine konservative, provinzialistische Nostalgie ein.

Im Zuge der gescheiterten bürgerlich-liberalen Bemühungen um einen deutschen Nationalstaat in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bildete sich in den deutschen Territorien – im Gegensatz zum zusehends negativ konnotierten, reaktionären Provinzbegriff in Frankreich – sukzessive ein bürgerlicher, positiv besetzter Heimatbegriff heraus. Dabei wurde der rechtliche mit Haus und Hof gleichzusetzende Heimatbegriff umgedeutet und zugleich sentimentalisiert bzw. romantisiert (Bastian 1995: 121-123). Fortan – und vor allem nach der Reichsgründung 1871 – nahm Heimat eine „Scharnierfunktion […] im Kontext multipler territorialer Identitäten“ (Petri 2001: 78) ein. Im späten 19. Jahrhundert formierte sich im Deutschen Kaiserreich dann die sogenannte Heimatschutzbewegung, die einen erneuten Bedeutungswandel des Heimatbegriffs auslöste. Heimat wurde nun zu einer Reaktion auf

Leseprobe
Kauf im Webschop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

Joana Gelhart, Christoph Lorke und Tim Zumloh

Zwischen Provinztradition und Großstadtsehnsucht

(Selbst-)Verortungen Gütersloh in den 1970er und 1980er Jahren

Im Jahr 2001 war im Gütersloher Stadtmuseum die Ausstellung „Kaff und Kosmos" zu sehen. Darin wurden Fragen der Eigen- und Fremdverortung der Stadt auf ironische bis kritische Weise aufgeworfen.[1] Dabei dienten die Pole „Kaff" oder „Provinz" und „Kosmos" oder „Urbanität" als Rahmen für eine Mittelstadt, „die davon träumt, mitten auf dem platten Land zur Großstadt zu gedeihen" (Glocke 2004; vgl. auch Harnischfeger 2001). Die einprägsame, zugespitzte Alliteration steht für normativ aufgeladene, jedoch deutungsoffene Zuschreibungen. Diese waren in ihrer verkürzten Dichotomie offenbar dazu angetan, die Stadt Gütersloh charakter- und imagemäßig zu umreißen wie auch zu verorten: Eine Stadt, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs enormes Wachstum erfahren hat und seit dem Jahr 2018 mehr als 100.000 Einwohner:innen zählt. Der Weg dieser ostwestfälischen Stadt von einem – so die landläufige Bezeichnung – „kleinen Heidedorf" hin zu einer Großstadt mit weltweit agierenden Unternehmen war und ist geprägt von einer dynamischen Stadtvergrößerung, rasantem Bevölkerungswachstum und einer prosperierenden Wirtschaft, ebenso jedoch, wenngleich in geringerem Maße, von Niedergang und Krisen. Diese verdichteten Wandlungsprozesse ließen vermeintliche Gewissheiten über städtische Identität brüchig werden: „Wie ist dieser – im besten Sinne – provinzielle Ort, der sich die Weltunternehmen Bertelsmann und Miele wie Broschen ans städtische Revers heften kann?" (Glocke 2004).

Doch was ist eigentlich untersuchenswert an der Stadt Gütersloh? Maßgeblich geprägt von einer pietistischen Erweckungsbewegung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, erhielt das im Jahr 1825 mit Stadtrechten versehene Gütersloh den Beinamen „Nazareth". Mit diesem sollte auf die starke religiös-gesellschaftliche Prägung, die Genügsamkeit und Frömmigkeit der Bürgerinnen und Bürger, aber auch auf deren auffälliges Minderheitsbewusstsein abgehoben werden, das sich in Kontrast zu einer als feindlich geglaubten Umwelt entwickelt und in eine vergleichsweise autarke Entwicklung der Stadt gemündet hätte – so zumindest die bis heute gern gepflegte Erzählung. Resultat dieser Konstellation seien Wirtschaftsgeist und (protestantische) Arbeitsethik, Enthaltsamkeit und Sparsamkeit, Zähigkeit und Religiosität, aber auch Offenheit gegenüber Neuem, Stifterwesen, Unternehmertum und Wirtschaftsliberalismus. Dies gebündelt macht die vermeintlich „besonderen Gütersloher Mentalitätsprägungen" (Dieste 1996: 175) aus.

Es lässt sich vermuten, dass jene Prägungen ungeachtet der Veränderungen in Stadtgeographie und Milieustrukturen die Selbst- wie Fremdwahrnehmungen in dieser Stadt und ihrer Bewohner:innen nachhaltig beeinflusst haben. Jene Trias aus einem starken Wirtschaftsstandort, dem dynamischen, raschen Aufstieg nach 1945 und die Lage im ländlichen Umfeld bildete den Rahmen für die Entwicklung in den 1970er und 1980er Jahren, die dieser Beitrag fokussiert. Diese Jahre waren für die Stadt durch die Eingemeindungen und den Aufstieg zur Kreisstadt im Zuge der kommunalen Neugliederung Anfang der 1970er Jahre mit einem Aufbruch verbunden (Westfalen-Blatt 1984; Zirbel 2014: 35f.). Im Untersuchungszeitraum und -ort bündelten sich

Leseprobe
Kauf im Webschop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

vielfältige Transformationsprozesse, die verschiedene Akteur:innen aus Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft reflektierten und anhielten, sich eingehender mit der Positionierung Gütersloh auseinanderzusetzen bzw. diese (Neu-)Positionierung in verschiedenen stadtpolitischen Belangen umzusetzen. Damit werden Prozesse städtischer (Selbst-)Verortungen beobachtbar, die sich grob gesagt im Spannungsfeld von „Provinz" und „Urbanität" bewegten.

Ist die Rede von der „Provinz" Gütersloh, so ist diese – wie überall auch sonst – erklärungsbedürftig (Paulus 2018). Sie ist nicht einfach nur präsent, sondern in Anlehnung an den Ansatz des „doing city" oder „doing size" Resultat sozialer und kultureller Konstruktionen und Zuschreibungspraktiken (Schmidt-Lauber, Wolfmayr 2016: 194). Die Hervorbringung von Stadt und ihrer Größe erfolgt demnach mit Bezugnahme auf kleinstädtische Rahmenbedingungen oder durch ein In-Beziehung-Setzen zu anderen Städten und Räumen. Kategorien wie Klein-, Mittel- oder Großstadt, Provinz oder Urbanität werden situativ und kontextgebunden erzeugt. „Kaff" oder „Kosmos" bestimmen sich folglich nicht (oder zumindest nicht nur) aus rein numerischen Parametern, sondern werden diskursiv und habituell (re-)produziert (Eckert u. a. 2020: 18, 27).

In der geschichts- und kulturwissenschaftlichen Forschung scheinen Klein- und Mittelstädte eine weitgehend vernachlässigte Größe darzustellen. Dieser Befund ist frappierend, wenn man bedenkt, dass diese Städte rein quantitativ die Großstädte übertreffen und für einen Großteil der Menschen die gewohnte Lebensrealität bedeuten (Herrenknecht, Wohlfahrt 2004; Zimmermann 2003). Dieses unverhältnismäßige Schattendasein ist Ergebnis der weitgehenden Konzentration auf Metropolen und Großstädte, die erst allmählich einem vorsichtigen Gewahr-Werden anderer Stadttypen weicht (Schmidt-Lauber 2010; Eckert u. a. 2020; Bell, Jayen 2006). Liegen diese kleineren und mittleren Städte in mancherlei Hinsicht „off the map" (Robinson 2003), macht umgekehrt eben jene „Zwischenposition" einen besonderen Reiz aus: Mittelstädte sind in besonderem Maße gezwungen, sich nach „unten" (Kleinstadt) und „oben" (Großstadt) abzugrenzen (Habit 2010: 139f.; Lanzinger 2003). Damit bieten sie das Potenzial, an ihnen Verortungsprozesse und die damit verbundene Auseinandersetzung mit jenen Konstruktionen herauszuarbeiten.

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht jene Aushandlung und Herstellung städtischer Kategorien und städtischen Selbstverständnisses im Sinne des „doing city". Der Beitrag untersucht dabei in zeit- wie ideenhistorischer und kulturgeschichtlicher Perspektive die jeweiligen Nutzungs- oder Verwerfungsmodi des „Provinziellen" in Bemächtigung, Wahrnehmung und Praxis. Anhand dreier zentraler politisch-gesellschaftlicher Handlungsfelder sollen Neupositionierungen bestimmt werden: *Erstens* wird anhand städtischer Repräsentationen in Öffentlichkeits- und Kulturarbeit das Ringen um Sichtbarkeit und Wiedererkennungswert der wachsenden Stadt nachvollzogen, die ihre Werbestrategie entlang der genannten Pole ausrichtet. *Zweitens* folgt eine Betrachtung stadt- und verkehrsplanerischer Projekte. Wie wurden hier Wachstum und (vermeintlicher) Fortschritt, aber auch Rückschläge oder Überforderung verarbeitet und zu welchem Bild – oder eher: welchen Bildern – von der eigenen Stadt fügten die historischen Akteur:innen diese Entwicklungen zusammen? *Drittens* folgt der Blick auf die migrations- und integrationspolitischen Praktiken – denn auch hier zeigen sich im Spiegel lokalpolitischer Handlungen auffällige (Selbst-)Verortungsprozesse und ein markantes Abarbeiten an der damit verbundenen städtischen Eigenwahrnehmung. Die drei Felder eint ein erhebliches Defizitverständnis, das in der sie umgebenden, allgemeinen – ob nun tatsächlichen oder programmatisch vorgesehen – Gütersloher Wachstumsdynamik nur folgerichtig erscheint. Der stete Wachstumsanspruch erforderte das ständige Überdenken des Gegebenen – und konnte somit kaum ohne Auseinandersetzungen verlaufen.

Leseprobe
Kauf im Webshop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

Ricardo Kaufer

Provinz als Projektraum solidarischer Ökonomie und einer Nachhaltigkeitstransformation von unten

Das Leben in der deutschen Provinz[1] beschreiben wissenschaftliche und journalistische Beobachtende als krisenhaft (vgl. Bätzing 2020; Krajewski, Wiegandt 2020; Seel 2018). Während in „strukturstarken" Wachstumsregionen Industrie- und Gewerbeprojekte entwickelt werden, fällt ein erheblicher Teil der deutschen Provinz(en) insbesondere durch ausbleibendes Wirtschaftswachstum zurück. Weitere Anhaltspunkte für die Diagnosen von der Provinz als krisenhafter Räumlichkeit sind das Wahlverhalten der Bevölkerungen in ländlichen Regionen mit einer stärkeren Tendenz rechtspopulistische Parteien zu wählen als Wähler:innen in Städten,[2] die Entwicklung von Gefühlen und Narrativen der Benachteiligung und Herabwürdigung (vgl. Deppisch, Klärner 2021; Schürmann 2021) sowie der angeführte regional unterschiedlich ausgeprägte wirtschaftliche Niedergang (vgl. zur Diskussion des Begriffes „Strukturschwäche" Miggelbrink 2020) verbunden mit einem ungleichen Zugang zu Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Die Darstellungen der Probleme und Herausforderungen der deutschen Provinz sind zahlreich und sollen hier nicht wiederholt werden. Vielmehr wird nachfolgend das Potential der Provinz als Projektraum vorgestellt und es werden anhand der Präsentation von drei Fallbeispielen die Beiträge zu einer „Nachhaltigkeitswende von unten"[3] skizziert. Darunter sind zivilgesellschaftliche Ansätze der Bearbeitung von wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Krisenphänomenen durch die Etablierung von Kultur-, Wirtschafts- und Wohnprojekten zu verstehen. Diese Ansätze können sowohl kommerziell als auch rein auf privaten Nutzen ausgerichtet sein oder als zivilgesellschaftliche Einrichtungen der Erstellung von Kollektivgütern dienen. Ausgehend von Beobachtungen einer verbreiteten Hinwendung zum Leben in ländlichen Räumen (vgl. Heuberger, Schroth 2018; Göttsch-Elten 2017; Neu 2018) sowie den zahlreichen Beschreibungen der Vorzüge des Landlebens in ausgewählten Printmedien werden die Suchbewegungen von Städter_innen nach alternativen Lebensformen skizziert und die politischen Dimensionen dieser Suchbewegungen diskutiert.

Bewohner_innen urbaner Räume suchen Auswege aus der als entfremdend, eintönig, belastend und überfordernd wahrgenommenen städtischen Lebensweise (vgl. Heuberger, Schroth 2018; zur Stadtflucht- und Landlust-Literatur Seel 2018). Ein Ausweg ist die „Rurbanisierung" des städtischen Lebens (vgl. Langner, Frölich-Kulik 2018), also die Umgestaltung städtischer Lebenswelten nach ländlichem Vorbild durch die Bewohner_innen. Ein anderer ist die Ausweichbewegung in die Provinz, um ein qualitativ anderes Leben führen und andere Wirtschaftsweisen praktizieren zu können (vgl. Fenske 2021). Damit stellt sich u.a. die Frage, wie die Provinz, wenn sie für einen zunehmenden Teil der Bewohner_innen zu einem alternativen Lebensraum wird, im Rahmen von staatlichen Politiken zur Verbesserung der Lebensqualität angemessen berücksichtigt werden kann und ob überhaupt mit staatlichen Programmen und Instrumenten zu einer Nachhaltigkeitswende beigetragen werden kann. Weiterhin gilt es zu beantworten, welchen Stellenwert die „Provinz" im Rahmen der Nachhaltigkeitstransformation

Leseprobe
Kauf im Webschop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

„von unten" einnimmt und welche Elemente diese umfasst.

Um diese Fragen zu beantworten, werden zunächst die sozioökonomischen, demographischen und politisch-kulturellen Herausforderungen des Lebens in der deutschen Provinz skizziert und es wird das Konzept der Peripherie auf die deutsche Provinz angewendet. Anschließend werden Nachhaltigkeit und solidarische Ökonomie als Elemente einer „Transformationspolitik von unten" vorgestellt. Dabei werden die sozialen Innovationen von unten als Gegenstrategien der Zivilgesellschaft zu Exklusion, Verfall, Verarmung und Vereinzelung interpretiert. Anhand der Auswertung von Präsentationen und Selbstdarstellungen von Wirtschafts- und Wohngemeinschaften sowie der Interpretation von Ergebnissen teilnehmender Beobachtungen zur Entwicklung von drei Wirtschafts- und Wohngemeinschaften werden die zuvor vorgestellten theoretischen Überlegungen auf die Praxis von Kommunen in der Provinz angewandt. Als Fallbeispiele werden das Ökodorf Sieben Linden (Sachsen-Anhalt), die Gemeinschaft Schloss Tonndorf (Thüringen) und die Kommune Karmitz (Mosterei Karmitz Clan e.V.) bei Lüchow-Dannenberg (Niedersachsen) vorgestellt. Abschließend wird ein Ausblick auf die Potentiale der Provinz als Raum der Transformation gerichtet.

Provinz, Peripherie und ungleiche Entwicklung

Ländliche Räume und die deutsche Provinz werden im Folgenden als Peripherien interpretiert und das Leben in diesen Räumen wird durch die ländlichen Bevölkerungen, insbesondere die Landwirtinnen und Landwirte, als politisch-institutionalisierte und ökonomische Benachteiligung aufgefasst.[4] Insbesondere landwirtschaftliche Unternehmer_innen und Inhaber von kleineren Bauernhöfen nehmen die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen als Zumutungen und Belastungen wahr (Schürmann 2021) und entscheiden sich deshalb für die Betriebsaufgabe.

Die Wahrnehmung und Politisierung der Benachteiligung des Lebens in ländlich-peripheren Räumen ist kein neues Phänomen, sondern ein gut dokumentierter Wissensbestand politik-, sozial- und raumwissenschaftlicher Forschung (vgl. beispielhaft Fischer-Tahir, Naumann 2013; Lipset, Rokkan 1967). So sahen Lipset und Rokkan im Konflikt zwischen ländlichen Agrarinteressen und den wirtschaftlichen Interessen der Städte einen dauerhaften Interessengegensatz, welcher zur Entstehung von Parteien und sozialen Bewegungen beitrage und die Wahrnehmungen der Bevölkerungen strukturiere. Andrés Rodríguez-Pose (2018) schlug zur Beschreibung benachteiligter Räume den Begriff „places that don't matter" vor, um einerseits aufzuzeigen, dass fortdauernde Armut, wirtschaftlicher Niedergang und ein Mangel an (Entwicklungs-)Perspektiven zu einem Gefühl der Bedeutungslosigkeit bei den Bewohner_innen peripherer Räume führten, und um andererseits unterschiedliche Formen des Protests, die Rodríguez-Pose als „Revolte" (Rodríguez-Pose 2018: 189) bezeichnet, welche sich in (rechts-)populistischem Wahlverhalten manifestiere, als Reaktionen auf die Benachteiligungen sichtbar zu machen.

Der marxistische Geograph David Harvey führt in seinen Analysen die ungleiche räumliche Entwicklung auf die der kapitalistischen Produktionsweise inhärente Gesetzmäßigkeit einer ungleich verteilten Investitionstätigkeit der Unternehmen aufgrund unterschiedlicher Aussichten auf Rentabilität in den Zielregionen zurück. Zudem trügen neoliberale Politiken, welche im Rahmen einer exzellenzorientierten Raum- und Wirtschaftspolitik „Leuchttürme" förderten und andere Regionen vernachlässigten, zur ungleichen Entwicklung bei (Harvey 2007). Ausgehend von diesen theoretischen Perspektiven auf räumliche Ungleichheiten sowie ihre sozioökonomischen und politischen Ursachen werden nachfolgend die Konzepte der Nachhaltigkeit und der solidarischen Ökonomie, welche diverse Nachhaltigkeitsdimensionen umfassen, vorgestellt.

Leseprobe
Kauf im Webschop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

Kenneth Anders

Landschaftskommunikation und räumliche Subjektivität

Thesen zur Dialektik der Provinz – Erfahrungen aus dem Oderbruch

Eine Provinz, sofern wir sie als solche bezeichnen, besteht nicht durch sich selbst. Schauen wir zurück in das Römische Reich – und damit in die Zeit der Prägung des Begriffs (Eck 1999) –, sehen wir: Provinzen sind zunächst Verwaltungsgebiete des Staates. Als Ländereien werden sie für das Imperium gewonnen und stehen fortan in einer klaren Beziehung zu dessen Interessen; Provinzen sind ein Staatsbesitz. Die Möglichkeiten, eigene Steuern zu erheben, eine eigene Gerichtsbarkeit zu schaffen und ein eigenes Militär zu unterhalten, sind ihnen genommen. Ihre Ausbeutung bezieht sich oftmals auf das naturräumliche Potenzial, in jedem Falle aber umfasst sie die in der Provinz geleistete menschliche Arbeit, sofern sie den Bedarf des Selbsterhalts der dort arbeitenden Menschen überschreitet, wobei dieser Bedarf natürlich Ermessenssache ist. Man kann eine Provinz ausbluten lassen, man kann sie aber auch blühen lassen. Ob und inwiefern Provinzen jenseits des Ausweises der erlangten Macht und des angehäuften Reichtums etwas zum Ausdruck und zum Selbstverständnis des Imperiums beitragen, unterliegt der geschichtlichen Veränderung. Dabei spielen Stabilitätsfragen eine große Rolle. Denn wenn die Macht über die Provinz von Dauer sein soll, müssen Formen der Teilhabe organisiert werden. Auf diese Weise entsteht eine Dialektik zwischen imperialen und lokalen Ordnungsmächten.

Die Eigeninteressen der Provinz sind eine komplizierte Sache, denn sie sind schwer geltend zu machen. Das Zentrum hat gegenüber den Provinzen grundsätzlich die größere Diskursmacht, es umfasst die stärkeren Ballungsräume, beherrscht die Medien, zentralisiert die Religion und steuert die Hierarchien. Kommen die Provinzen aber nicht zu Wort, können sie ihre Ansprüche kaum geltend machen, es sei denn, ihre Interessen sind rechtlich verbürgt. Damit sind, sofern eine Provinz ihren Selbsterhalt als politisches Programm begreift und sich nicht mit dem Prinzip „Teile und herrsche“ zufriedengibt, Auseinandersetzungen unausweichlich.

Mit diesen Merkmalen ist das Verhältnis von Provinz und Metropole bzw. Staat sicher nur holzschnittartig, wenn nicht rüde charakterisiert. Man mag außerdem argumentieren, dass sich die Beziehungen von Metropole und Provinz geändert haben müssen. Das ist richtig, der gesellschaftliche Metabolismus basiert heute auf anderen Technologien. Wir haben zudem einen Verfassungsgrundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse und auch die Kommunikation in und mit der Provinz ist mehrfach revolutioniert worden. Aber welche Auswirkungen haben die dahinter liegenden Veränderungen auf den Provinzbegriff?

Was Provinz heute ist

Nach dem Zeitalter der Kolonien, das im Hinblick auf die ursprüngliche Ausbeutungslogik, die ebenfalls nach und nach Formen der Teilhabe definieren musste, durchaus Ähnlichkeiten mit dem Modell der antiken Provinzen aufwies, ist der gesellschaftliche Stoffwechsel heute keine Frage des imperialen Besitzes mehr, sondern eine Angelegenheit des Marktes. Die Verfügbarkeit von Rohstoffen wird also nicht über die Gebietsherrschaft, sondern über

Leseprobe
Kauf im Webschop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

Wirtschafts- bzw. Handelsbeziehungen organisiert, die allerdings politisch abgesichert, durch Kriege durchgesetzt bzw. rechtlich privilegiert oder auf andere Weise erschlichen werden. Die globalen Bergbau-, Elektronik- oder Textilunternehmen arbeiten folgerichtig nicht mehr nach dem Prinzip der verwalteten Provinz, sondern auf der Grundlage von Eigentum und betrieblicher Struktur, oftmals in globaler Arbeitsteilung.[1]

Das hat Auswirkungen auf die politischen Vorstellungen des provinziellen Raums. Liegt die auszubeutende Region außerhalb des Staates, verliert sie den Status der Zugehörigkeit, man wird sie also nicht mehr als Provinz verstehen oder bezeichnen, höchstens als Einflussgebiet, wobei es strategisch oft von Vorteil ist, wenn diese Region und die in ihr arbeitenden Menschen möglichst unsichtbar bleiben. Das setzt übrigens die erwähnte Dialektik der Teilhabe außer Kraft.

Ist die betreffende Region Teil des eigenen Staatsgebietes, wird sie als Provinz fortan deutlicher mit dem ländlichen Raum assoziiert. Da zugleich der globale Nahrungsmittelmarkt an Bedeutung gewinnt, verliert sie ihre existenzielle Bedeutung, sie erscheint – trügerisch oder nicht – als leichter verzichtbar. Zwar wachsen in den Wäldern Bäume und auf den Feldern Weizen, Raps oder Mais, aber das verweist allenfalls auf indirekte Konsumbeziehungen, die im Markt von der Nahrungsmittelindustrie substituiert werden können. Ohnehin steht das Land unter dem Verdacht einer anthropologischen Schuld – ein Gefühl, für das es in den versorgten, aber nicht selbst landnutzenden Großstädten eine wachsende Affinität gibt. Das Land erscheint unverdaulich, obwohl man es doch, im Sinne des Stoffwechsels, unaufhörlich verdaut. Aus diesem Verhältnis stammen die abwertenden, aber unaufgeregten Bezeichnungen der Provinz als Pampa, Walachei oder Jottwehdeh.

Der Raum wird nun aber zum Objekt der Suburbanisierung, womit zugleich seine Transformation in eine Nicht-Provinz einsetzt, denn was einmal zum Parkplatz, Wohngebiet, Gewerbegebiet oder zur Fitnessoase geworden ist, ist nicht mehr Provinz, nur noch eine Fläche für Teilfunktionen der Metropole. In dieser Logik wird die Provinz in Zonen betrieblicher Effektivität aufgeteilt. Dass Menschen dort in einem anderen Modus als dem des Montagearbeiters wohnen, erscheint überflüssig und rätselhaft. Schon Thomas Morus kann sich an der Schwelle zur Moderne das Landleben der Zukunft nicht anders als eine Art Zivildienst vorstellen, der zeitlich befristet sein muss, da es mühsam und ohne Reiz – und also auch ohne Eigensinn – ist: „Auf dem flachen Lande haben die Utopier Höfe, die zweckmäßig über die ganze Anbaufläche verteilt und mit landwirtschaftlichen Geräten versehen sind; in ihnen wohnen Bürger, die abwechselnd dorthin ziehen. [...] Aus jeder Familie wandern jährlich 20 Personen in die Stadt zurück, nachdem sie zwei ganze Jahre auf dem Land zugebracht haben und werden durch ebensoviel neue aus der Stadt ersetzt." (Morus 1974: 56f.). Morus hat sogar sehr vorausschauende Einsichten in die zukünftigen Technologien, er beschreibt bereits Brutautomaten für die Legehühner und nimmt die Rationalisierung der Landwirtschaft in aller Klarheit vorweg. Das Land ist Produktionsort, mehr nicht. Warum sollte man dort leben?

Dies hat wiederum Auswirkungen auf die politische Verfasstheit der Provinz. Noch vor 100 Jahren gab es in Deutschland politische Eliten, deren Vertreter sowohl landwirtschaftliche Güter oder große Wälder auf dem Land besaßen und zugleich hohe Ämter im Staat innehatten und damit – wenn auch nur in der Rolle der Besitzenden und Privilegierten – eine andere, eben „provinzielle" Perspektive vertreten konnten. Dieses paternalistische Modell ist ausgelaufen, es gibt heute nur eine Form der provinziellen Selbstbehauptung in der Politik, das ist die kommunale Selbstverwaltung. Die in ihren Rechtsformen niedergelegten Prinzipien sind durchaus geeignet, räumliche Eigeninteressen zu vertreten und zu sichern.

Allerdings wird die Provinz vom demografischen Moment geschwächt. Ballungsraum und Dorf sind gleichermaßen kommunal verfasst, die geringere Bevölkerungsdichte im ländlichen Raum wird nicht als spezifische demokratische Herausforderung diskutiert, wie die seit Jahrzehnten anhaltenden Kommunalreformen mit immer größeren Verwaltungs-

Leseprobe
Kauf im Webschop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

Roger Woods

Walter Kempowskis „Das Echolot. Abgesang ’45“

Vom Archiv zur Druckfassung[1]

„Das Echolot. Abgesang ’45“, der letzte Band von Walter Kempowskis zehnbändigem „kollektivem Tagebuch“ des Zweiten Weltkriegs für die Zeit von Juni 1941 bis Mai 1945, erschien 2005 und wurde in der deutschen Presse vielfach mit großer Begeisterung aufgenommen.[2] Wie die vorangegangenen neun Bände, die zu Bestsellern wurden und Kempowski zahlreiche Literaturpreise und Ehrungen einbrachten, besteht es aus Auszügen aus Tagebüchern, Briefen, veröffentlichten und unveröffentlichten Memoiren, Zeitungen, Texten von Radiosendungen und Reden, Todesanzeigen und militärischen Mitteilungen. Diese Auszüge stammen aus den Schriften bekannter Politiker, Intellektueller und Journalisten sowie von Soldaten und KZ-Häftlingen, Kriegsgefangenen und anderen, die in keiner Weise berühmt waren, aber über ihre Erfahrungen in den Kriegsjahren berichtet haben. Ein großer Teil des unveröffentlichten Materials, das in den einzelnen Bänden von „Das Echolot“ zitiert wird, war Kempowski auf seine Anzeigen in der deutschen Presse seit Anfang der 1970er Jahre zugesandt worden, in denen er die Leser um Fotos aus der Zeit bis 1950, unveröffentlichte Tagebücher, Briefe und Autobiographien bat. Diese Sammlung von rund 8.000 biographischen und weiteren Dokumenten bildet das sogenannte *Biografienarchiv* von Kempowski, es umfasst rund 400 Regalmeter und befindet sich heute im Archiv der Akademie der Künste in Berlin.[3] Aus der Sammlung präsentiert Kempowski in „Abgesang ’45“ Auszüge für den Zeitraum vom 20. April bis 9. Mai 1945; der Band bildet den Abschluss von Kempowskis umfangreichem, zwanzigjährigem „Echolot“-Projekt (vgl. Kempowski 2005a: 5).

In diesem Artikel wird vor dem Hintergrund der Theoriediskussionen zur Autobiographie und des wachsenden Interesses der Historiker an der subjektiven Erfahrung von Geschichte untersucht, wie Kempowski sein Material organisierte. Dabei werden die Materialien, die Kempowski von den jeweiligen Autoren oder ihren Angehörigen für sein Biografienarchiv erhielt, mit den in „Abgesang ’45“ veröffentlichten Texten verglichen.

Helmut Schmitz (2007a: 5) konstatiert für die jüngste Zeit eine Verschiebung der historiographischen und populären Diskurse von einer Geschichte der „harten Fakten“ hin zur „Erzählung“. Ähnlich charakterisiert Norbert Frei die Zeit von 1995 bis 2005 als das Jahrzehnt der „Zeitzeugen“ und der „gefühlten Geschichte“ (zit. n. Schmitz 2007a: 5f.). Gabriele Jancke benennt in ihrer Studie „Autobiographie als soziale Praxis“ die allgemeineren Gründe für das wachsende Interesse in der Wissenschaft an der individuellen Sichtweise, indem sie beschreibt, wie die Lektüre autobiographischer Texte ihre „Sicht von Geschichte verändert“ habe. „Nach der Lektüre von mehreren Hundert solcher Schriften“ sei ihre Schlussfolgerung, die „Vielfalt von Perspektiven“ der autobiographischen Texte untergrabe die Plausibilität von Verallgemeinerungen, denn in ihr werde sichtbar, wie verschiedene Gruppen – Minderheiten und Mehrheiten, Intellektuelle und Menschen mit geringer Bildung, Frauen und Männer – die Gesellschaft auf unterschiedliche Weise erlebten. Jancke zeigt autobiographische Texte von benannten Personen als eine Heraus-

Leseprobe
Kauf im Webschop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

forderung für den Prozess der Verallgemeinerung, der im Mittelpunkt vieler akademischer Arbeiten stehe. Sie schlägt vor, diese Texte daraufhin zu lesen, dass sie Grundlegendes über eine bestimmte Gesellschaft vermitteln (Jancke 2002: VII).[4]

In welcher Hinsicht sind diese hohen Erwartungen an die subjektive Erfahrung für Kempowskis Projekt relevant? Sie sind sicherlich ein bedeutender Teil von dessen Rezeption: Dirk Hempel, Kempowskis Biograph, schreibt, aus dem Archiv der unveröffentlichten Autobiographien entstehe in „Das Echolot“ ein „Bild der historischen Ereignisse“ aus der subjektiven Perspektive der Individuen, die sie erlebt haben (Hempel 2006: 44).[5] Kempowski selbst betont, dass er den ungehörten Stimmen Raum geben wollte. In der Einleitung zum ersten Band von „Das Echolot“ beschreibt er, wie er in Göttingen „einen Haufen Fotos und Briefe auf der Straße liegen“ sah, über den Passanten gingen. Sie entpuppten sich als „die letzte Hinterlassenschaft eines gefallenen Soldaten, Fotos aus Russland und Briefe an seine Braut“. Kempowski sammelte sie ein. Aus dieser konkreten Erfahrung zieht er die Schlussfolgerung, dass wir „den Alten nicht den Mund zuhalten“ sollten, „wenn sie uns etwas erzählen wollen“, und dass wir „ihre Tagebücher nicht in den Sperrmüll geben“ dürfen. Sie sind „an uns gerichtet“, und wir können es uns nicht leisten, die „Erfahrungen ganzer Generationen zu vernichten“: „Es ist unsere Geschichte, die da verhandelt wird.“ (Kempowski 1993: 7).

Obwohl Kempowski von der Geschichte des Einzelnen ausgeht, geht es ihm hier mehr um das Nicht-Vergessen einer kollektiven Vergangenheit als um die Stimme des Individuums. Diese Weise, seinen Standpunkt zu entwickeln, wirft eine weitere Frage für die folgende Analyse auf. Die von Jancke konstatierte Spannung zwischen Verallgemeinerung und subjektiver Erfahrung historischer Ereignisse lässt sich mit Aleida Assmanns Gegenüberstellung von homogenisierten Formen des institutionellen Gedächtnisses, die ein gemeinsames kulturelles Narrativ produzieren, und den heterogenen Erinnerungen von Individuen beschreiben (Assmann 2006: 157). Mit ihr wäre zu fragen: Inwieweit vermittelt „Abgesang ’45“ eine homogenisierte Version der letzten Tage des Zweiten Weltkriegs und inwieweit fängt es heterogene individuelle Erfahrungen ein? Diese Frage stellt sich insbesondere auch in Bezug auf Kempowskis Untertitel für das „Echolot“-Projekt als Ganzes: „ein kollektives Tagebuch“.

Seit Anfang der 2000er Jahre lebt die wissenschaftliche Diskussion über das deutsche Leid und die Deutschen als Opfer des Zweiten Weltkriegs wieder auf.[6] Im Blick auf die große Popularität von „Das Echolot“ und insbesondere von „Abgesang ’45“ – es verkaufte sich von allen Bänden am besten – werde ich auch betrachten, wie Kempowski diese Themen behandelt.

Die Rezeption von Kempowskis „kollektivem Tagebuch“ ist extrem gespalten. Auf der einen Seite stehen jene, die das „Echolot“-Projekt als eine zufällige Sammlung von Texten betrachten. Marcel Reich-Ranicki (2004) etwa urteilte, die ersten vier Bände, die 1993 erschienen, seien nicht mehr als ein chaotisches Durcheinander. Auf der anderen Seite wird Kempowskis gestaltende Hand betont. Carla Damiano (2005: 12) zum Beispiel untersucht „Kempowskis Prinzip der Nebeneinanderstellung zur kontrapunktischen Gliederung der Textauszüge“. Doris Plöschberger (2006: 41) kontrastiert die Einträge in Kempowskis veröffentlichten Tagebüchern, die einander lebhaft widersprechen, mit den Stimmen, die er in „Echolot“ zu einem „Chor“ arrangiere.

Kempowskis Methoden

Kempowski selbst verwendet häufig das Bild von sich als Chorleiter, um die Methode zu veranschaulichen, die „Echolot“ zugrunde liegt.[7] Hempel, der eng mit Kempowski zusammenarbeitete, beschreibt, wie der Autor von einem Aneinanderreihen der Texte zu einer eher interventionistischen Methode der Anordnung für die ersten Bände überging: „Bisher hatte er die Texte nur aneinandergereiht, was bei erneuter Lektüre wenig befriedigte. Deshalb entschloß er sich zu einer Collagierung nach Art seiner Hörspiele, ordnete das Material dialogisch oder verstärkte Eindrücke durch Häufung, ließ Themen

Leseprobe
Kauf im Webschop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

Gregor Ritschel

Freie Zeit

Zur Geschichte und Aktualität einer politischen Idee

„Ich bin nämlich eigentlich ganz anders, aber ich komme nur so selten dazu." So formulierte es Ödön von Horváth 1926 in seinem Stück „Zur schönen Aussicht", in der ersten Hälfte des betriebsamen 20. Jahrhunderts, das vom Rhythmus der tayloristischen Industriegesellschaft geprägt wurde. 1936 persiflierte Charlie Chaplin diesen Rhythmus, der in den Körper der Fließbandarbeiter eingegangen zu sein schien. In der berühmt gewordenen Filmszene aus „Modern Times" taumelt Chaplin, nachdem er buchstäblich einmal mit dem Fließband durch die Maschinerie gezogen wurde, auf die Straße und kann nicht anders, als den zufällig vorbeikommenden Passanten mit der Zange, die er noch in den Händen hält, die Knöpfe am Mantel festziehen zu wollen. Es hat in dieser Szene ganz den Anschein, als müsse man die Zumutungen der Arbeit jenseits der Fabrik, wie im Traum oder durch das Traumwandeln, erst noch verarbeiten. Die ausufernde Arbeit wieder zurückzudrängen, war immer ein Ziel der Arbeitenden, insbesondere dort, wo die Arbeit nicht zum Teil auch um ihrer selbst willen erledigt wird. Freie Zeit muss mehr sein als bloße Zeit zur Wiederherstellung der Arbeitskraft.[1]

Das Verhältnis von Arbeit und freier Zeit ist heute wieder in Bewegung geraten. Diesmal liegt jedoch dem ersten Anschein nach die technologische Entwicklung der Bewegung zugrunde. Während Automatisierung und Digitalisierung uns die Befreiung von der Arbeit erahnen lassen (Rifkin 1993; Bastani 2019), löst dies zugleich auch Hoffnungen und Ängste aus. Ängste insofern, als mit der Lohnarbeit oft auch unsere Identität in Frage gestellt wird. Hannah Arendt mahnte bereits Mitte des vergangenen Jahrhunderts: „Denn es ist ja eine Arbeitsgesellschaft, die von den Fesseln der Arbeit befreit werden soll, und diese Gesellschaft kennt kaum noch vom Hörensagen die höheren und sinnvolleren Tätigkeiten, um derentwillen die Befreiung sich lohnen würde. [...] Was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit, auf die sie sich noch versteht. Was könnte verhängnisvoller sein?" (Arendt 1960/2016: 13). Gegenwärtig sieht es jedoch eher so aus, als ob Automatisierung und Digitalisierung die Struktur der Arbeit verändert haben, zumal die Anzahl der Arbeitsplätze nicht zurückgeht. Mit der Digitalisierung und Automatisierung wuchs in den letzten Jahrzehnten auch der sogenannte Niedriglohnsektor, der in Deutschland in etwa ein Fünftel der Beschäftigten umfasst. Doch auch das hat Konsequenzen: Schon heute, in einer Welt prekärer Jobs, fällt es immer schwerer, sich mit der Lohnarbeit restlos zu identifizieren. Aktuelle gesellschaftspolitische Debatten bewegen sich daher zwischen den Polen der „Rettung der (guten) Arbeit" (Herzog 2019) und der Idee eines Grundeinkommens, das selbstbestimmte freie Tätigkeit ermöglichen soll (Precht 2022).

Nicht zuletzt war es der Lockdown der Corona-Krise, der ein neues Denken über den Wert von Arbeit und Lohnarbeit, aber auch ihres Gegenstücks, der freien Zeit und der darin situierten Tätigkeiten, anregte. Welche Tätigkeiten sind sinnvoll und tragen die Gesellschaft? Wer sind die wirklichen „Leistungsträger:innen" (Nachtwey, Mayer-Ahuja 2021)?

Leseprobe
Kauf im Webshop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

Und was wird wie entlohnt? Aber auch: Was fängt man eigentlich mit freier Zeit an, insbesondere wenn man sich, zumindest zeitweise, nicht mehr im Verein oder Café treffen kann? Die USA erlebten im Corona-Jahr 2021 eine nie zuvor gesehene Kündigungswelle. Beträchtliche 45 Millionen Amerikaner kündigten ihren Job. Viele der Aussteiger gaben an, keinen Sinn mehr in ihrer Tätigkeit zu sehen und die schlechten Arbeitsbedingungen sowie die mangelnde Wertschätzung als Anlass zum Ausstieg genommen zu haben. Andere hatten gesundheitliche Bedenken oder fühlten sich schlichtweg ausgebrannt. Sie kündigen oft, ohne einen neuen Job in Aussicht zu haben oder unmittelbar antreten zu wollen. Ein Phänomen, das die Medien als „The Great Resignation" oder auch „The Big Quit" (die „große Kündigungswelle") diskutierten. Fox-News-Kommentatoren und Republikaner beklagten die Faulheit der Arbeitnehmenden und falsche Anreize durch sozialstaatliche Leistungen. Trevor Noah hingegen, der Anchorman der Daily Show, nahm die Arbeitenden in Schutz, die von ihren Löhnen nicht mehr leben konnten. Durch die massive Kündigungswelle seien die Arbeitgeber nun endlich unter Druck geraten, höhere Löhne zu zahlen und bessere Arbeitsverhältnisse zu schaffen.[2] Einblicke in die neu entstandene sogenannte „Anti-Work-Bewegung" gibt das 1,8 Millionen Mitglieder umfassende Online-Forum www.reddit.com/r/antiwork/ (Kastein 2022). Auch in Europa zeichneten sich Veränderungen ab. Nach Island experimentiert nun auch Belgien mit der Viertagewoche, ebenso wie einige deutsche und englische Firmen und Startups (Petter 2022). Erste Ergebnisse deuten drauf hin, dass Mitarbeiter seltener krank und zudem besser gelaunt sind. Auch die Produktivität bleibt stabil, ebenso die Belegschaft. Um die Dynamik der Arbeits- und Nichtarbeitszeitnormen zu verstehen, können sich schlaglichtartige Blicke auf die (Ideen-)Geschichte freier Zeit lohnen.

Freie Zeit dient nicht allein der Erholung nach der Arbeit, sie ist ebenso ein Raum der Gemeinschaftlichkeit, der Naturerlebnisse und der Kreativität. Neue gesellschaftliche Vorstellungen und alternative Lebensentwürfe werden in ihr erdacht und gelebt. Freie Zeit ist also grundlegend für den Menschen als soziales und politisches Wesen. Die Bürger demokratischer Gesellschaften dürfen sich nicht im Kreislauf von Produktion und Konsum verlieren, schon weil sie sonst, ohne politisches Engagement, ihre freiheitliche Ordnung gefährden. Da, wo die Zeit dafür fehlt, muss man sie sich notfalls nehmen: Die Jugendbewegung „Fridays for Future" nimmt sich, trotz geltender Schulpflicht, die Zeit für ihr Engagement von globaler Bedeutung und versammelt sich wirkmächtig im öffentlichen Raum. Diese grundlegende Funktion freier Zeit, in ihr über die Grundlagen der Gesellschaft nachdenken und debattieren zu können, gerät paradoxerweise oft aus dem Blick. Die politische Theorie, die oft implizit von einem Idealbürger ausgeht, vergisst oft allzu leicht, dass viele Menschen für soziales oder politisches Engagement zu erschöpft sind. Erst kürzlich hat der Sozialphilosoph Axel Honneth (2021) auf diese Leerstelle gegenwärtiger Demokratietheorien hingewiesen. Unter dem Stichwort „Der arbeitende Souverän" stellt er fest: „Es gehört zu den größten Mängeln fast aller Theorien der Demokratie, immer wieder zu vergessen, dass die meisten Mitglieder des von ihnen lauthals beschworenen Souveräns arbeitende Subjekte sind. So gerne man sich vorstellt, die Bürger wären vor allem damit beschäftigt, sich engagiert an politischen Auseinandersetzungen zu beteiligen, so falsch ist dies. Nahezu alle, von denen da die Rede ist, gehen tagtäglich und viele Stunden lang einer bezahlten oder unbezahlten Arbeit nach, die es ihnen aufgrund von Anstrengung und Dauer nahezu unmöglich macht, die Rolle einer Teilnehmerin an der demokratischen Willensbildung auszufüllen. [...] Dieselben acht Stunden Arbeit können am Ende für den einen viel länger dauern als für den anderen." In der Soziologie blickt man aktuell auf den sich vollziehenden Wandel der Arbeitswelt, blendet dabei aber weitgehend ihre Rückseite, die Sphäre der freien Zeit, aus. Währenddessen empfinden jedoch insbesondere die im Niedriglohnsektor Beschäftigten einen Mangel an Zeit, auch da diese sich selbst keine Haushaltshilfen leisten können und womöglich noch aufgrund steigender Mieten in die Vororte

Leseprobe
Kauf im Webschop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

Jürgen Leibiger:

Eigentum im 21. Jahrhundert

Rezensiert von Ulrich Busch

Jürgen Leibiger gehört zu den Autoren, die trotz fortschreitender Marginalisierung und Verdrängung des Marxismus aus der *scientific* community unbeirrt am marxistischen Ansatz festhalten und ihre Analysen von Wirtschaft und Gesellschaft auf der Grundlage der Marxschen Theorie vornehmen. Dies bedeutet jedoch keineswegs, dass diese Analysen nicht zeitgemäß wären oder einem veralteten Interpretationsschema folgen würden. Dies ist mitnichten der Fall, wie der vorliegende Band, eine sorgfältig ausgearbeitete politökonomische Studie über den Begriff des Eigentums, das Eigentum im Allgemeinen, seine Geschichte und die Genesis des kapitalistischen Eigentums im Besonderen, die Eigentumsproblematik im Finanzmarktkapitalismus der BRD und die gegenwärtige sowie künftige Eigentumstransformation belegt. Schon die Gliederung des Werkes in vier Teile, *Begriffliches*, *Geschichtliches*, *Gegenwärtiges* und *Künftiges*, wobei die beiden letzten Abschnitte den Löwenanteil des Ganzen ausmachen, spricht für eine überwiegend gegenwarts- und zukunftsbezogene Behandlung des Themas, was die Berücksichtigung des aktuellen Forschungsstandes und die Verarbeitung aktueller Literatur einschließt. Hier kommt dem Autor sein dezidiert marxistischer Ansatz zugute, denn die Volkswirtschaftslehre des Mainstreams blendet die Eigentumsproblematik weitgehend aus und die Rechtswissenschaft behandelt sie nicht ökonomisch, sondern juristisch. Insofern bleibt das Forschungsfeld überschaubar und reduziert sich die notwendige Auseinandersetzung mit anderen bzw. gegenteiligen Auffassungen auf eine begrenzte Anzahl von Theorien, Autorinnen und Autoren sowie Quellen und Literatur.

Eigentumsfragen zielen „ins Herz einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und berühren zugleich unser Alltagsleben“ (11). Die „Eigentumsfrage“ ist daher nicht irgendeine, sondern „die Grundfrage“ der kommunistischen Bewegung, so Karl Marx und Friedrich Engels 1848 im „Kommunistischen Manifest“. Worin aber besteht die Eigentumsfrage? Leibiger löst sie methodisch auf, indem er zuerst den Begriff „Eigentum“ erörtert und anschließend diverse „Eigentumsformen“ behandelt. Er arbeitet anschaulich heraus, wie die Eigentumsfrage im 19. Jahrhundert (richtigerweise) mit der „sozialen Frage“ verknüpft wurde, während heute „manche Linke“ stattdessen „Beschäftigungs- und Verteilungsziele“ oder „Fragen der Identität“ in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen stellen (14). Mitunter ist sogar vom „Verschwinden des Eigentums“ oder vom „Aufkeimen eines ‚Commonismus‘“ die Rede, worin nicht mehr das Eigentum, sondern der „gemeinschaftliche Besitz“ dominiere (15). Leibiger setzt sich mit derartigen Auffassungen kritisch auseinander und plädiert für ein politökonomisches Verständnis der Eigentumsverhältnisse und deren Kritik. Er versteht seine Überlegungen theoretisch als „Beitrag zur Transformationsforschung“ und praktisch als Anregung zur „Eigentumstransformation“ (15). Ein Modell der Eigentumsordnung einer künftigen Gesellschaft entwickelt er indes nicht. Nichtsdestotrotz kommen in dem Buch alle gegenwärtig diskutierten Übergangsformen oder postkapitalistischen Varianten von Eigentum und Besitz zur Sprache.

Wichtig erscheint die Abgrenzung des dem Buch zugrunde liegenden Eigentumsbegriffs von seiner juristischen wie umgangssprachlichen Verwendung: Eigentum wird hier „nicht als Recht an einer Sache und auch nicht nur als das Verhältnis des oder der Eigentümer:in zu dieser Sache“ verstanden, sondern konsequent als „gesellschaftliches Verhältnis von Individuen oder Gruppen von Individuen zueinander bezüglich dieser Sachen“ aufgefasst (19). Als solches steht es für einen „Komplex von Verhältnissen“. Im historischen Prozess

Leseprobe
Kauf im Webschop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

lektik der Vergesellschaftung“ (358). Den Abschluss bildet ein übersichtliches Literatur- und Quellenverzeichnis. Ein Namens- oder ein Stichwortregister gibt es nicht.

Anmerkungen

1 Vgl. Breda, Stefano (2021): Der marxsche und der vormarxsche Begriff des fiktiven Kapital. In: Sablowski, Thomas u. a. (Hg.): Auf den Schultern von Karl Marx. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 109-123.
2 Vgl. z. B. Emmerich, Rolf u. a. (Hg.) (2003, 2004): Das Eigentum im Widerstreit alternativer Wirtschaftskonzepte, I und II, Leipzig: RLS Sachsen; Busch, Ulrich (2003): Eigentumskritik und alternative Gestaltungsoptionen, in: Utopie kreativ 14, Nr. 155, S. 830-840.
3 Klein, Dieter (2013): Das Morgen tanzt im heute. Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Hamburg: VSA.

Jürgen Leibiger: Eigentum im 21. Jahrhundert. Metamorphosen, Transformationen, Revolutionen. Münster: Westfälisches Dampfboot 2022, 382 Seiten.

Felix Klopotek:

Rätekommunismus. Geschichte und Theorie

Rezensiert von Ewgeniy Kasakow

Rätekommunismus war in der Geschichte der Arbeiterbewegung eine ebenso folgenreiche wie politisch erfolglose und historiographisch vernachlässigte Episode. Folgenreich, weil die Ideen der Rätekommunisten die „Neuen Linken“ nachträglich prägten, erfolglos, weil rätekommunistische Organisationen schon bald nach ihrer Gründung in der Bedeutungslosigkeit versanken und im Gegensatz etwa zu den Trotzkisten keinen Nachwuchs fanden.

Da die organisationshistorischen Aspekte des Rätekommunismus bereits detailliert von Hans Manfred Bock (1993) und Philippe Bourrinet (2016) untersucht wurden, konzentriert sich Felix Klopoteks Einführungswerk vor allem auf die theoretisch-ideengeschichtliche Seite der Strömung. Kurz nachdem in Russland 1905 die ersten Sowjets entstanden, formierte sich in der deutschen und niederländischen Sozialdemokratie eine linke Opposition, die sich, so Klopotek, auf das damals neue Phänomen des Massenstreiks bezog. In den Niederlanden führte das zur Spaltung der sozialdemokratischen Sociaal Democratische Arbeiders Partij (SDAP) und zur Gründung der Sociaal-Democratische Bond (SDB) durch die um die Zeitung „De Tribune“ versammelten Linksradikalen. Dazu gehörten Anton Pannekoek (1873–1960), Herman Gorter (1864–1927) und Henriëtte Roland Holst (1869–1952). In der deutschen Sozialdemokratie waren es vor allem die im engen Kontakt mit Pannekoek stehende „Bremer Linke“ sowie die aus dem Russischen Reich eingewanderte Rosa Luxemburg (1871–1919), die die Trennung zwischen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen kritisierten und die Erfahrungen der ersten Russischen Revolution

Leseprobe
Kauf im Webschop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

Thomas Etzemüller:

Henning von Rittersdorf: Das Deutsche Schicksal

Rezensiert von Michael Pesek

Das Buch von Thomas Etzemüller ist ein schwieriges, herausforderndes Buch, da es sich nur schwer der Wissenschaft oder der Belletristik zuordnen lässt. Das ist vom Autor auch so gewollt. Seine Biografie des fiktiven Anthropologen Henning von Rittersdorf fußt auf Archivquellen und zeitgenössischer Literatur. Soweit entspricht es der Arbeitsweise eines Historikers. Aber Henning von Rittersdorf hat nie gelebt, er ist eine Erfindung des Autors. In seinem Nachwort erklärt oder verteidigt Etzemüller diesen Ansatz als einen Kunstgriff, um das Desiderat eines deutschen Anthropologen im 20. Jahrhundert zu erschaffen. Vorbild sind ihm dabei Helden aus Comics. Lässt sich aber Geschichte derart stilisieren und destillieren, ohne der Gefahr zu entgehen, dass es die Biografie einer Comicfigur wird, in der die Widersprüche und Ambivalenzen, mit denen reale Akteure zu kämpfen haben, beiseite gewischt werden? Eine weitere wichtige Frage ist, was der Mehrwert einer solchen Herangehensweise ist. Kann eine fiktive Figur neue Perspektiven auf die Geschichte der deutschen Anthropologie ermöglichen? Oder ist die geschichtswissenschaftliche Methode eine Bereicherung für die Belletristik?

Letztere Frage vermag ich nicht zu beantworten. Was den Mehrwert für die Geschichte betrifft, bin ich mir nicht sicher. Die Biografie ist eine fiktive Autobiographie, die die Ich-Perspektive des fiktiven Henning von Rittersdorf einnimmt. Sie ist konstruiert als eine Art Verteidigungsrede, das Buch beginnt mit einem langen Statement Rittersdorfs über studentische Forderungen nach seiner Entlassung aus dem Universitätsdienst in den 1960er Jahren. Sie werfen ihm allzu große intellektuelle und institutionelle Nähe zu den Nationalsozialisten vor. Sich gegen diesen Vorwurf zu verteidigen, zieht sich wie eine rote Linie durch seine Tagebuchaufzeichnungen, die die Basis der (Auto-)Biografie bilden.

Rittersdorf wurde Ende des 19. Jahrhunderts „geboren". Der Beginn seiner akademischen Karriere als Anthropologe fällt mit dem Ausgreifen deutscher Kolonialexpansion um die Jahrhundertwende zusammen. Rittersdorf ist ein Vertreter jenes Zweigs der Anthropologie, der in Vererbung den zentralen Faktor für das Sein und Werden einer Gesellschaft sieht. Die Bevölkerung Deutsch-Südwestafrikas, der norddeutschen Küste oder Süddeutschlands wird von ihm vermessen und kategorisiert. Auf dieser Grundlage werden Theorien über ganze Gesellschaften verfasst und Prognosen über die Entwicklungen der Weltgeschichte. Am Erbgut wird Stärke und Schwäche eines Volkes festgemacht und daraus der voraussichtliche Fall oder Aufstieg von Nationen prognostiziert. Diesen Theorien folgt die Politik auf dem Fuß. Das wird besonders deutlich in Rittersdorfs Bemühen, sich den Nationalsozialisten anzudienen. Anthropologie soll in Bevölkerungspolitik überführt werden.

Deutschlands neu erworbene Kolonien werden nicht zufällig zum idealen Feld von Forschung. Hier werden noch autarke Gesellschaften vermutet, hier aber auch hat der vermessende Forscher mit wenig Widerstand seitens der Kolonisierten und vor allem des Kolonialapparats zu rechnen. In Deutsch-Südwestafrika hofft Rittersdorf, mit einer bahnbrechenden Studie über die afrikanische Bevölkerung seiner Karriere einen Schub zu geben. Er wird aber daheim recht schnell mit den Widrigkeiten akademischer Hierarchien konfrontiert. Er kann sich nur mit einer kärglich bezahlten Assistentenstelle über Wasser halten. Dann kommen die Wirrnisse des Ersten Weltkriegs und der Nachkriegszeit. Im Aufstieg Hitlers, der mit seinen Rassentheorien politisch hausieren geht, sieht er eine Chance, die Anthropologie aus ihrem Schattendasein herauszuführen und damit die begehrte Professur zu erhaschen. Kurz vor der Machtergreifung Hitlers bekommt Rittersdorf seine Professur.

Leseprobe
Kauf im Webschop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

Quentin Stevens:

Activating Urban Waterfronts.

Planning and Design for Inclusive, Engaging and Adaptable Public Space

Rezensiert von Caitlin Kraemer

Nähe zum Wasser wird in der westlich geprägten Stadtplanung der letzten Jahrzehnte wieder verstärkt als eine Verbesserung der Lebensqualität wahrgenommen. Im 20. Jahrhundert war das vorübergehend anders. Die Urbanisierung und Industrialisierung in Europa und weltweit hatten einen starken Einfluss auf Mensch-Umwelt-Beziehungen in der Stadt. Während im 19. und noch im frühen 20. Jahrhundert Flüsse und Hafengewässer auch der körperlichen Ertüchtigung und (sportlichen) Ausbildung sowie der Hygiene und öffentlichen Gesundheit dienten, wurden durch industrielle Nutzung und Abwasserentsorgung städtische Gewässer ökologisch ausgebeutet, stark verschmutzt und unzugänglich gemacht. Im Laufe des 20. Jahrhundert ereignete sich darum eine Abkehr von den verschmutzten Gewässern im Stadtzentrum: räumlich, ökologisch und kulturell. Die spätere Deindustrialisierung brachte erneut Veränderung: In der postindustriellen Stadt wird Wasser, sei es ein Fluss, ein Kanal oder ein Hafen, zunehmend als Naherholungsgebiet wahrgenommen und wiederentdeckt.

Im vorliegenden Buch, zu Deutsch „Urbane Uferpromenaden aktivieren. Planung und Design für inklusiven, attraktiven und adaptiven öffentlichen Raum", stellen Quentin Stevens, Professor für Architektur und Stadtplanung, und die Co-Autor:innen anhand von Fallstudien verschiedene stadtplanerische Konzepte und Herausforderungen der inklusiven Gestaltung von Uferpromenaden in Europa, Australien und Asien vor. Das Buch richtet sich an eine breite Leserschaft aus Stadtforschung, Stadtentwicklung und -verwaltung, Kreativindustrie, Unternehmertum, Bürgerinitiativen und an alle Städter:innen. Die Autor:innen beziehen sich auf eine solide Basis an Literatur mit starkem disziplinären Fokus auf Stadtplanung, Architektur und Soziologie.

Das Hauptaugenmerk liegt auf der Gegenüberstellung von zentral geplanten, kommunal, staatlich oder kommerziell verwalteten Uferpromenaden einerseits und eher ungeplanten und spontanen Gestaltungen von öffentlichem Raum entlang urbaner Gewässer andererseits. Ziel der Fallstudien ist es, außer Akteure und Verwaltungsstrukturen zu benennen, Erkenntnisse über die Verbindung und Zusammenführung des körperlichen Erfahrungsraums der Menschen mit der gebauten Stadt zu erlangen. Damit soll eine Lücke in der bestehenden Literatur zur Transformation urbaner Uferpromenaden geschlossen werden. Der Schwerpunkt liegt auf der Verwaltung und (menschlichen) Nutzung urbaner Gewässer, insbesondere auf der spielerischen Aneignung öffentlichen Raums für alltägliche Zwecke und zur Naherholung *in* der Stadt. Vordergründig wird demnach auf die Mikroebene und weniger auf die Mesoebene eingegangen. Informelle und temporäre räumliche Aneignung sowie der individuelle und bürgerschaftliche Gestaltungsumfang finden hierbei mehr Beachtung als beispielsweise staatliche Akteure oder Stadtentwicklungsfirmen. An Uferpromenaden solle eine Nutzungsmischung mit nicht-kommerziellen Angeboten das Ziel sein, um verschiedenen Bedürfnissen gerecht zu werden und den öffentlichen Raum für verschiedene gesellschaftliche und unternehmerische Akteure zu öffnen.

Das Buch ist in zwei Abschnitte unterteilt. Im ersten Teil, „Plugging the Waterfront into the City", werden Herausforderungen von neu angelegten urbanen Uferpromenaden identifiziert und ihre Verbindungen zur bestehenden Stadt analysiert. Die Stadt und die Menschen sollen mit dem Wasser und über das Wasser miteinander verbunden werden. Im zweiten Abschnitt, „Switching the Waterfront On", wird erörtert, welche Lösungsansätze es für die Probleme neu gestalteter Uferpromenaden gibt und wie diese belebt werden können.

Viele der untersuchten Städte wie London,

Leseprobe
Kauf im Webschop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

Berliner Debatte Initial 33 (2022) 3

Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal

© **Berliner Debatte Initial e. V.**
Ehrenpräsident Peter Ruben.
Berliner Debatte Initial erscheint viermal jährlich.

Redaktionsrat: Harald Bluhm, Wladislaw Hedeler, Cathleen Kantner, Raj Kollmorgen, Rainer Land, Robert Stock, Udo Tietz, Andreas Willisch.

Redaktion: Ulrich Busch, Erhard Crome, Wolf-Dietrich Junghanns, Thomas Möbius, Gregor Ritschel, Matthias Weinhold, Johanna Wischner.
Redaktionelle Mitarbeit: Johannes Peisker.
Verantwortl. Redakteur: Thomas Müller.
V.i.S.d.P. für dieses Heft: Thomas Müller.
Satz: Rainer Land.

Copyright für einzelne Beiträge ist bei der Redaktion zu erfragen.
E-Mail: redaktion@berlinerdebatte.de
http://www.berlinerdebatte.de/
Redaktionsschluss 15.09.2022, zugleich Gültigkeitsdatum für alle Internetverweise.

Berliner Debatte Initial erscheint bei
WeltTrends, Medienhaus Babelsberg
August-Bebel-Straße 26-53
D-14482 Potsdam
www.welttrends.de

Preise: Einzelheft 15 €,
Jahresabonnement 40 €, Institutionen 45 €,
Studenten, Rentner und Arbeitslose 30 €.
Für ermäßigte Abos bitte einen Nachweis (Kopie) beilegen.
Das Abonnement gilt jeweils für ein Jahr und verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Bestellungen: Einzelhefte im Buchhandel; Einzelhefte (gedruckt oder als PDF) und einzelne Artikel (als PDF) im Webshop:

http://shop.welttrends.de/
E-Mail: bestellung@welttrends.de
Telefon: +49/331/721 20 35
Fax: +49/331/721 20 36
(Büro WeltTrends)

Abonnement per Mail, telefonisch oder per Post

bestellung@welttrends.de
+49/331/721 20 35

WeltTrends, Medienhaus Babelsberg
August-Bebel-Straße 26-53
D-14482 Potsdam

Ich bestelle ein Abonnement der Berliner Debatte Initial ab Heft .....

O Jahresabonnement 40 € (Institutionen 45 €).
O Abonnement ermäßigt 30 € (Studenten, Rentner, Arbeitslose etc.), Nachweis bitte beilegen.

Name: .....

Straße, Nr.: .....

Postleitzahl: ..... Ort: ..... Telefon: .....

Ich weiß, dass ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen bei der Bestelladresse schriftlich widerrufen kann.

Datum, Unterschrift:

Leseprobe
Kauf im Webschop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5

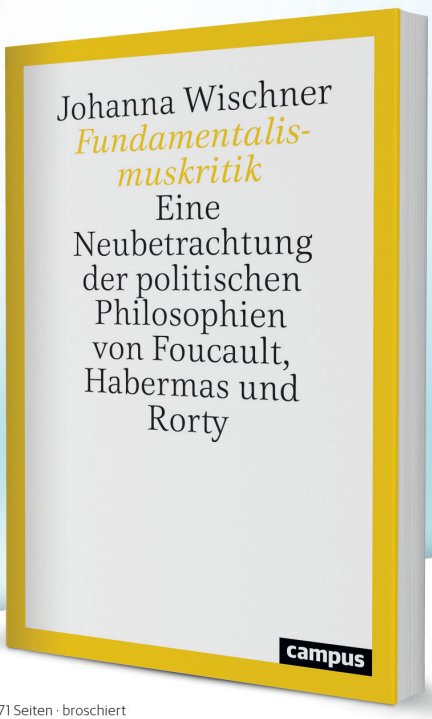
WeltTrends
www.welttrends.de

Berliner Debatte Initial
c/o WeltTrends
Medienhaus Babelsberg
August-Bebel-Straße 26-53
D-14482 Potsdam

ISBN 978-3-947802-97-5
ISSN 0863-4564
Einzelheft 15 €, Jahresabo 40 €,
Institutionen 45 €, ermäßigt 30 €
www.berlinerdebatte.de

Die Postmoderne lebt!

Das ist das Fazit von Johanna Wischners Neulektüre der postmodernen Klassiker. Die Autorin nimmt sich die Philosophien Habermas', Foucaults und Rortys vor und stellt die Frage, warum trotz reger Debattentätigkeit in den 1980er-Jahren nach wie vor im Diskurs eine kaum aufzubrechende Frontstellung besteht. Dafür arbeitet sie heraus, wie die politische Philosophie durch nur teilweise explizierte, auf der metaphysischen Ebene angesiedelte, Grundannahmen bestimmt wird, wodurch in der politisch-philosophischen Debatte immer auch die fundamentale Frage nach dem Philosophiebegriff mitverhandelt wird. Die Analyse läuft darauf hinaus, das Brüchigwerden des Wahrheitsbegriffs in der Postmoderne ernst zu nehmen, ohne den philosophischen Anspruch aufzugeben. Eine erneuerte philosophische Praxis könnte einen Weg aus dem »postmodernen Patt« bieten.



2022 · 471 Seiten · broschiert
ISBN 978-3-593-51527-4
D 40,– € · **Auch als E-Book erhältlich**

campus.de

campus
Frankfurt. New York

Leseprobe
Kauf im Webschop
www.berlinerdebatte.de
ISBN 978-3-947802-97-5